

Das Gerücht

Wer es wo als erster in Umlauf gebracht hat, ist zur Stunde noch ungeklärt. Wenn das Mosaik aus den bisherigen Informationsfragmenten nicht täuscht, machte das Gerücht zunächst im Ruhrgebiet unter betroffenen Kommilitonen die Runde. Exakt am 6. November drang es dann in Bochum zur akademischen Hochebene vor, von wo es alsbald einem Berliner Gewährsmann zur Kenntnis gelangte. Der glaubte, das Gerücht noch von oben herab als total unsinniges Gerücht abtun zu können, bis ihn nur wenige Stunden danach aus Bonn die gleiche Schreckensmeldung erreichte: Der "Verbund" in der Wilhelm-Pieck-Straße werde in Kürze dichtgemacht, der Bestand des Zentralen Parteiarchivs auseinandergerissen. Gerüchte, die auf sich halten, pflegen stets etwas an sich zu haben. Unser Gerücht gehört zu dieser fast schon peniblen Sorte. Am 30. November heißt es für die Benutzer des Zentralen Parteiarchivs und der "Verbund"-Bibliothek in der Tat: "Rien ne va plus". Damit verknüpft sich indessen mitnichten der Plan, die Aktenbestände nun doch auseinanderzureißen. Vielmehr erfordert der Weg vom "Verbund" zum "Bund" - hier also zur Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs - ihren für die Benutzer zwar denkbar unangenehmen, juristisch jedoch ebenso wie

Aus dem Inhalt

Werner Vogel: Zur Bestandszusammenführung des Geheimen Staatsarchivs	S. 2
Kurt Metschies: Neubearbeitung der "Archivalischen Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"	S. 5
Heinz Boberach: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Akten des Reichssicherheitshauptamtes	S. 8
Inge Pardon: Die Nachlässe Wollweber und Jarowsky sowie andere bedeutende Zugänge des Zentralen Parteiarchivs	S. 13
Leitfaden zum "Russischen Zentrum"	S. 22
Kurzberichte und Hinweise:	
AdsD - DGB-Archiv - Sassenbach-Stiftung - Sassenbach-Gesellschaft - IzJ - Bremen - Stuttgart - Winterthur - Metallgesellschaft - Osteuropäische Archive - KPdsU-Akten - CIA-Akten - Vereinsgründung: ACMOI - MEGA	S. 27
Aus dem Tagungsgeschehen:	
IALHI - ITH - Komintern - Deutsche Neuansätze 45/46 - DDR-Akten und Quellenkritik	S. 33
Veranstaltungskalender	S. 37
Fachliteratur	S. 41
Personalien	S. 48
Leserzuschriften	S. 51
Anzeigen	S. 55

organisatorisch-technisch unverzichtbaren Tribut. Was der gemeine Kommerz Generalinventur zwecks Betriebsübergabe nennt, ist bei tagtäglich an die 70 Interessenten allein im Archivlesesaal und häufig nachgerade exzessiven Kopierwünschen nun einmal nicht aus dem Ärmel zu schütteln. Die Projektgruppe Archive der Unabhängigen Kommission ist in diesem Beratungspunkt mit dem Aufbaustab der neuen Stiftung und der Leitung des "Verbundes" völlig d'accord.

In der zweiten Hälfte des Januar werden die Lesesäle mit hoher Wahrscheinlichkeit unter dem neuen Firmenschild wieder geöffnet sein. Zur Entgegennahme und Koordinierung von Benutzeranträgen ist die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ab etwa Mitte Januar bereit. Auf ein neues also im neuen Jahr.

Ergebenst
Ihr Lynx

Zur Bestandszusammenführung des Geheimen Staatsarchivs

Das Geheime Staatsarchiv (GStA) war bis 1945 zuständig für die Zentralverwaltung des Staates Preußen und für die Lokalverwaltung der Provinz Brandenburg. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Bestände der zentralen Behörden des Staates in Bergwerke zu Staßfurt und Schönebeck ausgelagert. Vom Provinzialarchiv wurden nur etwa 10% dorthin verlegt. Etwa 80% des Bestandes sind im Frühjahr 1945 beim Brand des Magazin Gebäudes vernichtet worden.

Nach Kriegsende wurde das Preußische Geheime Staatsarchiv von der Sowjetischen Militäradministration als Berliner Hauptarchiv für die Bergung des Registraturgutes der in Berlin ansässig gewesenen Behörden eingesetzt. Infolgedessen übernahm man auch Archivgut von Reichsbehörden. Ein Teil des gesicherten Materials blieb freilich in einem Zwischendepot in der Dorotheenstraße und gelangte nach der Spaltung Berlins 1949 nicht mehr nach Dahlem. Ebenso wenig gelang es, das ausgelagerte Archivgut zurückzuholen. Anfangs fehlten geeignete Transportmittel, dann gab es keine Genehmigung mehr. Vielmehr richtete man in der DDR Archive in Merseburg und Potsdam ein, die zur Aufnahme der Archivalien des GStA bestimmt waren. Es waren dies das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam für die Überlieferung der Provinz Brandenburg und das Deutsche Zentralarchiv, Dienststelle Merseburg, für die Zentralbehörden. Ein Teil dieses Materials nahm allerdings den Weg über die UdSSR, ohne daß alle Archivalien herausgegeben wurden. Dieser Prozeß war im wesentlichen 1957 abgeschlossen.

1937 hatte man in Potsdam ein Heeresarchiv eingerichtet, das u.a. mit Material der IV. Hauptabteilung (Preußisches Heeresarchiv) aus dem GStA bestückt wurde. Das Heeresarchiv wurde beim Bombenangriff auf Potsdam weitgehend zerstört, geringe Bestände hatten den Krieg überlebt und waren z.T. in das Militärarchiv in Freiburg gelangt.

Größere Teile waren in die UdSSR verbracht worden. Hiervon kam erhebliches Material speziell preußischer Provenienz an das Militärarchiv der DDR in Potsdam zurück. Ein gemischtes Schicksal hatte auch das weitgehend aus GStA-Beständen Mitte des vorigen Jahrhunderts zusammengestellte Brandenburg-Preußische Hausarchiv erfahren. Ein Teil war während des

Krieges in Charlottenburg vernichtet worden, ein kleiner Teil gelangte nach Dahlem; die Masse der geretteten Bestände, vor allem die Personalreposituren, kamen nach Merseburg. Im westlichen Teil unseres Vaterlandes war nach zähen politischen und juristischen Auseinandersetzungen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gegründet worden, um das überregional bedeutsame kulturelle Erbe des aufgelösten preußischen Staates zu betreuen. 1961 nahm die Stiftung ihre Arbeit in Berlin auf, 1962 wurde das Berliner Hauptarchiv vom Land Berlin abgetreten.

1968/69 kam es zur Flurbereinigung zwischen Dahlem und dem Bundesarchiv in Koblenz/Freiburg. Die Reichsbestände wurden vom GSTA an das Bundesarchiv abgegeben, das seinerseits die preußischen Bestände an uns abgab.

Ein besonderes Problem bildete dabei die Trennung der in der NS-Zeit vereinigten Ministerien, die z.B. als Preußisches und Reichsinnenministerium firmierten. Das in Göttingen gelegene Staatliche Archivlager, dessen Hauptbestand aus dem ehem. Staatsarchiv Königsberg stammte, und das bisher vom Land Niedersachsen verwaltet worden war, ging ebenfalls auf die Stiftung Preußischer Kulturbesitz über, die 1978 unter teils heftigen Protesten die Verlegung nach Berlin beschloß.

Mitte der 70er Jahre verfügte das GSTA über einen Gesamtbestand von rund 10 km Akten, 120.000 Karten (z.T. handgezeichnet) und einschl. der Bibliothek des Vereins Herold rund 120.000 Bände. Die Bestände wurden nach dem Schema der alten Reposituren aus der Vorkriegszeit aufbewahrt, basierend auf dem Ende vorigen Jahrhunderts vom GSTA initiierten Provenienzsystem. Neben dem Staatsarchiv Königsberg wurden auch Dokumente der ehem. preußischen Ostprovinzen (Schlesien, Pommern) hier treuhänderisch erworben, übernommen und aufbewahrt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands führte auch im Archivwesen zu völlig neuen Konstellationen. Aufgrund des § 35 des Einigungsvertrages wurde die Stiftung verpflichtet, das Kulturgut des ehem. Staates Preußen insgesamt in ihre Obhut zu nehmen und in Berlin zusammenzuführen. Betroffen davon waren die Staatlichen Museen und die beiden Staatsbibliotheken in Berlin sowie die Archive in Merseburg und Berlin. Beide firmieren seitdem unter einheitlicher Leitung als Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Merseburg mit dem Zusatz "Abteilung Merseburg". In Merseburg waren 52, in Dahlem 54 Mitarbeiter beschäftigt.

Es gelang, sämtliche Stellen in Merseburg zu bewahren, so daß keine Entlassungen erforderlich waren. Allerdings wurden nur 40 als Dauerstellen genehmigt, die übrigen sind mit einem kw-<kann wegfallen>Vermerk versehen. Aus altersbedingten Gründen sind inzwischen so viele Mitarbeiter in den Ruhestand gegangen, daß nunmehr bei der geplanten Übersiedlung nach Berlin alle Mitarbeiter übernommen werden können. Allerdings handelt es sich hierbei nicht nur um ein stellenplanmäßiges und rechtliches, sondern vor allem auch um ein menschliches Problem, so daß die Zahl der Umzugswilligen derzeit schwer abzuschätzen ist. Die Stiftung hat sich bereit gefunden, bei der Wohnungsbeschaffung nach Möglichkeit behilflich zu sein. Der Umzug zweier Mitarbeiterinnen steht unmittelbar bevor, weitere werden sicherlich im Laufe des nächsten Jahres (1993) folgen. Die Entscheidung wird freilich auch von den Absichten der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt beeinflußt, die in Merseburg ein eigenständiges bzw. Zweigarchiv für Magdeburg einrichten möchte.

In Berlin steht für die Rückführung der Archivalien derzeit kein Platz im Hauptgebäude zur Verfügung, weil das Museum für deutsche Volkskunde im

Magazintrakt des GSTA untergebracht ist. Deshalb wurde nach einem Ausweichquartier gesucht, das derzeit im Westhafen gefunden wurde, aber zur Aufnahme der Archivalien wie der Bücher der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz noch bautechnisch bearbeitet werden muß. Hier wird mittels einer fahrbaren Regalanlage das Archivgut in benutzungsfähigem Zustand aufgestellt, wobei bereits den räumlichen Gegebenheiten entsprechend eine Bestandsvereinigung in Dahlem bzw. im Westhafen vorgenommen werden wird. Die Umlagerung soll spätestens im Frühjahr 1993 anlaufen und bis 1994 abgeschlossen werden. Die Benutzung wird im Forschungssaal des GSTA in Dahlem erfolgen, so daß bei Vorbestellung die Akten am nächsten Tag zur Verfügung stehen. Dieser Zeitaufschub ist vergleichbar den Gepflogenheiten vieler Bibliotheken und anderer Archive, gewährleistet auch noch einen schnelleren Zugriff als in Merseburg, wo infolge der räumlichen Begrenztheit des Forschungssaales eine sechswöchige Voranmeldung erforderlich ist. Außerdem können dabei die Ausweichlager am Domplatz und in der Domstraße in Merseburg aufgelöst werden.

Der Forschung eröffnet sich damit nach über einem halben Jahrhundert erstmals wieder die Möglichkeit, die Bestände geschlossen an einer Stelle benutzen zu können. Dabei wird die Verschmelzung der willkürlich getrennten Repositoren durch eine Neuverzeichnung und deren Erfassung in der EDV-Anlage des GSTA mit Sicherheit noch eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Ferner eröffnet sich damit die Möglichkeit, die Merseburger Bestände in die Sicherheitsverfilmung einzubeziehen.

Die gelegentlich geäußerte Sorge, durch unzumutbare Transportmittel zur Zerstörung des Materials beizutragen, darf als Zweckpropaganda zurückgewiesen werden. Der Transport selbst wird in einem hierfür geeigneten Dienstwagen mit Spezialcontainern durchgeführt werden.

Jede Vorlage im Benutzerraum bedeutet ohnehin einen Eingriff in die klimatischen Verhältnisse der Magazinlagerung und birgt daher die Gefahr einer Schädigung der Archivalien. Viel mehr Sorge bereitet daher der derzeitige Brauch, Archivalien in geringerer Stückzahl aus Merseburg nach Berlin zu bringen, um sie der Benutzung im Dahlemer Forschungssaal zugänglich zu machen. Oft läßt sich dies auch bei Fotoaufträgen nicht vermeiden, weil die technische Ausstattung in Dahlem besser ist, das Merseburger Gebäude aber an seine räumlichen Nutzungsgrenzen gelangt ist.

Keinesfalls würden die Merseburger Räumlichkeiten nach Qualität und Quantität ausreichen, um auch noch - wie angeregt - die Berliner Bestände und Mitarbeiter aufzunehmen. Außerdem hat die Landesversicherungsanstalt ihren Eigentumsanspruch an die Merseburger Gebäude durchgesetzt und Eigenbedarf bzw. Mietforderungen angemeldet.

Bedenkt man, daß z.B. bei den derzeit geplanten Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung wesentliche Materialien in den staatlichen Archiven Berlin-Potsdams vorhanden sind, so wird an diesem Beispiel der Vorteil einer Rückführung der Bestände nach Dahlem deutlich.

Jetzt noch getrennt in Merseburg und Dahlem zu benutzende Bestände wie vom Ministerium für Inneres, für Handel und Gewerbe, Finanz-, Staats- und Justizministerium oder dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sind dann an einer Stelle benutzbar. Hier in Berlin steht dann eine einzigartige Archiv- und Bibliothekslandschaft für durchgreifende Forschungen zur Verfügung.

Werner Vogel

**Neubearbeitung der "Archivalischen Quellennachweise zur
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" der Staatlichen
Archive in den neuen Bundesländern**

30 Jahre nach Erscheinen des 1. Bandes der 25-teiligen Reihe "Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" aus dem Deutschen Zentralarchiv (jetzt: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam) und den Landeshaupt- bzw. Staatsarchiven (jetzt: Landeshaupt- bzw. Hauptstaatsarchive)¹, dem auch gleichartige Spezialinventare von Stadt-, Kreis- und Betriebsarchiven folgten², hat nunmehr seit Ende 1991/Anfang 1992 eine mehrköpfige Arbeitsgruppe von Archivaren, Historikern und technischen Kräften die grundsätzliche Neubearbeitung des Spezialinventars begonnen. Die Ergebnisse der Neu- bzw. in Einzelfällen auch Überarbeitung der seinerzeit weitgehendst interessierten Forschern u.a. aus westlichen Staaten nicht ohne weiteres zugänglichen Spezialinventare werden im Rahmen der seit 1991 erscheinenden Publikation "Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland" (Reihe A: Überlieferung der zentralen Reichs- und preußischen Archive; Reihe D: Überlieferung der neuen Bundesländer)³ einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Das unter Herausgeberschaft der Historischen Kommission zu Berlin stehende Projekt (verantwortliche Herausgeber: Ltd. Archivdirektor a.D. Dr. Heinz Boberach, Prof. Dr. Wolfram Fischer und Prof. Dr. Peter Lösche) ist ein Vorhaben von beachtlicher wissenschaftshistorischer und wissenschaftsorganisatorischer Dimension. Hinzu kommt die dem Projekt innewohnende wissenschaftspolitische Bedeutung. Im wiedervereinigten Deutschland besteht nunmehr zum ersten Mal die Möglichkeit, alle in den staatlichen Archiven aller Bundesländer wichtigen Quellen zur deutschen Arbeiterbewegung und damit zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie zur Kulturgeschichte aus dem 19. und 20. Jahrhundert in Form detaillierter Nachweisungen durch ein Spezialinventar der Forschung allgemein zugänglich zu machen.

Am Beispiel der derzeit unter Leitung von Dr. Dirk Müller (Historische Kommission zu Berlin) laufenden Arbeiten im Bundesarchiv, Abt. Potsdam, soll auf einige Aspekte der Neubearbeitung hingewiesen werden.

1. Entsprechend den für das Gesamtinventar verbindlichen Auswahl- und Bearbeitungskriterien werden alle zum Themenkomplex Arbeiterbewegung relevanten Bestände, Teilbestände und Aktengruppen des Bundesarchivs, Abt. Potsdam (bis 3. Oktober 1990 Zentrales Staatsarchiv Potsdam), einbezogen. D.h. daß zum ersten Mal ein Gesamtüberblick über alle nach 1957⁴ ins Deutsche Zentralarchiv / Zentrales Staatsarchiv Potsdam gelangten und auch nunmehr erschlossenen Archivbestände zum Forschungskomplex Arbeiterbewegung gegeben wird. Dieser Überblick schließt auch die inhaltliche Erfassung von Aktenübergaben aus der früheren UdSSR, der Volksrepublik Polen und der ehemaligen CSSR ein, soweit diese an das Deutsche Zentralarchiv bis 1960/61 erfolgten und Bezug zum Thema haben. Auch spätere Aktenübernahmen durch das Zentrale Staatsarchiv Potsdam im früheren Staatsgebiet der DDR wie z.B. die Übernahme eines größeren Teilbestandes des Reichspostministeriums, der Archive des Reichslandbundes (Presseauschnittsammlung), der Deutschen Arbeitsfront, Arbeitswissenschaftliches Institut⁵ und anderer Bestände werden im Inventar Berücksichtigung finden. Im einzelnen werden Bestände folgender Bestandsgruppen staatlicher

Provenienz einbezogen: Parlamente und Staatsoberhaupt, Auswärtiges, Inneres, Justiz, Finanzen, Wirtschaft und Landwirtschaft, Verkehr, Post, Wissenschaft und Kultus. Im Vergleich zu dem 1962 erschienenen Spezialinventar des Deutschen Zentralarchivs werden erstmals auch Bestände nicht-staatlicher Provenienz wie Parteien, Verbände und Institutionen, Nachlässe und Sammlungen Berücksichtigung finden. Über die Einbeziehung der gerade im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam vorliegenden umfangreichen archivalischen Überlieferung von Banken, Versicherungen und Wirtschaftsunternehmen (hier vor allem aus dem Bereich der chemischen Industrie wie IG-Farben, BASF u.a. sowie aus dem Bereich der Kaliwirtschaft), die geradezu in exemplarischer Weise Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung enthalten, wird noch eine wissenschaftliche Diskussion zu führen sein.⁶ Im Vergleich zu den staatlichen Archiven in den Altländern der Bundesrepublik verfügen die staatlichen Archive über quantitativ und qualitativ bedeutsame Archivbestände wirtschaftlicher Provenienz⁷, die nach Meinung des Autors Aufnahme im vorliegenden Inventar finden sollten.

2. Auf Grund 1989 bzw. 1990 erfolgter Archivalienzugänge aus dem Zentralen Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus (hier u.a. Reichsministerium des Innern, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Reichssicherheitshauptamt, Reichsjustizministerium, Oberreichsanwalt beim Reichsgericht bzw. beim Volksgerichtshof) und aus Spezialarchiven aufgelöster zentraler Regierungsstellen wird die wissenschaftliche Öffentlichkeit erstmals in breiterem Umfange über für die Forschung auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung wichtige Bestände, Teilbestände und Aktengruppen im Detail informiert werden.

3. Im Gegensatz zu den seit 1962 erschienenen "Archivalischen Quellen nachweisen" wird es keine Herausnahme von benutzungseingeschränkten oder Sperrbeständen geben.⁸ Daraus resultiert die Präsentation eines beachtlichen quantitativen und qualitativen umfangreichen Spektrums von Beständen staatlicher und nichtstaatlicher Provenienz. So werden erstmals die Bestände des Justizbereichs wie Reichsjustizministerium, Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Volksgerichtshof und andere archivalische Überlieferung von Justizbehörden in einem Spezialinventar nachgewiesen. Ca. 80 von 330 im Bundesarchiv, Abt. Potsdam, befindliche Nachlässe⁹, die wesentliche Quellen zur deutschen Arbeiterbewegung enthalten, finden zum ersten Mal eine intensive analytische Beschreibung¹⁰. Dazu gehören solche Nachlässe wie z.B.: Wilhelm und Anna Bloss, Robert Blum, Ernst Drahn, Ernst Francke, Johannes Giesberts, Konrad Haenisch, Wolfgang Heine, Karl Legien, Paul Löbe, Hermann Müller-Franken, Reinhard Mumm, Leonhard Nelson, Gustav Noske, Willy Steinkopf, Jacob Venedey, Kuno v. Westarp. Von den Verbänden und Vereinen werden die thematisch relevanten Teilüberlieferungen des Alldeutschen Verbandes, des Stahlhelms - Bund der Frontsoldaten -, des Reichslandbundes, der Deutschen Arbeitsfront (Arbeitswissenschaftliches Institut), des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes und anderer Verbände ebenfalls erstmalig im Inventar Berücksichtigung finden¹¹.

4. Ohne Zweifel wird die wissenschaftliche Öffentlichkeit die Tatsache begrüßen, daß für die derzeit noch lagerungsmäßig auf verschiedene Dienststellen verteilte archivalische Überlieferung von Reichsbeständen, Verbänden und Organisationen, Parteien, Nachlässen und Sammlungen für das Bundesarchiv eine einheitliche Nachweisung jedes Bestandes an einer Stelle im Inventar erfolgen wird. Für die Bestände des Landesarchivs Ber-

lin konnte das Prinzip bereits sowohl für die erschienene Bestandsübersicht^{1,2} als auch für das Manuskript des "Inventars zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der BRD" erfolgreich praktiziert werden.

5. Auf Grund einer sehr hohen Intensität der inhaltlichen Erschließung verschiedenster Bestandsgruppen im staatlichen Bereich, so z.B. bei den Beständen Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Reichssicherheitshauptamt, einer Reihe von Justizbeständen u.a., sowie insbesondere bei Beständen nicht-staatlicher Provenienz, wie z.B. bei sämtlichen Nachlässen, einer Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Institutionen (z.B. Vereinigung für die freie Wirtschaft, Deutsche Arbeitsfront, Reichslandbund), werden neben wichtigen historischen Sachverhalten u.a. Dokumente einzelner Organisationen der Arbeiterbewegung selbst, wie Protokolle, Satzungen, Zeitschriften, Zeitungen u.a.m., sowie wichtige Korrespondenzen aus dem Bereich der Arbeiterbewegung im Detail nachgewiesen. Umfangreiche biographische Register, die im Inventar Erwähnung finden werden, bieten zusätzliche Informationen.

6. Das vorliegende Spezialinventar zu einem wichtigen Forschungsgebiet wird für einen sehr wesentlichen Teil der Bestände des Bundesarchivs, Abt. Potsdam und Koblenz, bisher fehlende Gesamtinformationen über relevante Bestände, ihre Erschließungs- und Auswertungsmöglichkeiten bieten.^{1,3}

Kurt Metschies

1) Vgl. die Detailnachweise der vom Zentralen Staatsarchiv (Deutsches Zentralarchiv) und der von den Staatsarchiven (Landeshauptarchiven) herausgegebenen Archivalischen Quellennachweise bei: Schmitz, Hannelore: Bestandsübersichten, Archivführer, Informationen und Quellennachweise von Staats-, Stadt- und Kreisarchiven der DDR. - In: Archivmitteilungen (AM) 30 (1980). 6. S. 242-244.

2) Schetelich, Eberhard: Veröffentlichungen von Staats- und Stadtarchiven. - In: AM 37 (1987) 3. S. 106-111.

Petrak, Horst L.: Bibliographie Archive der DDR und ihre Bestandsnachweise. - In: AM 39 (1989) 4, S. 159-160 und AM 39 (1989) 5, S. 190.

3) Bisher sind in der Reihe erschienen: Reihe C, Überlieferungen der Stadtstaaten. Bd 1. Staatsarchiv Bremen / bearb. von Werner Garbas und Margot Müller. Unter Mitarbeit von Peter Fricke u. Henning Fülle. - 1991. - XIX, 262 S. -- Bd. 2 Teil 1. Staatsarchiv Hamburg / bearb. von Klaus Weinbauer, Hans-Arthur Marsiske u. Hannelore Rilke. Unter Mitarbeit von Henning Fülle. - 1992. - XVII, 223 S.

4) Vgl. Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. - Berlin, 1957. - 232 S. - (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs, Nr. 1). Ergänzend zur Quellenlage seit 1957 ff. vgl. die bibliographischen Nachweise u.a. in den Mehrjahresregistern der Zeitschrift "Archivmitteilungen": Inhaltsverzeichnisse 1951-1970, 1971-1975, 1975-1980, 1980-1985. Potsdam 1971-1986. -- Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Register-Sonderhefte 1974 und 1989.

5) Vgl. hierzu: Metschies, Kurt: Mittelschichten und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918 bis 1945. Zur Quellenlage im Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam. - In: ZfG 39 (1991) 9, S. 915-924, bes. S. 920 ff.

6) Vgl. Quellen zur Wirtschaftsgeschichte in der Epoche des Imperialismus im Deutschen Zentralarchiv Potsdam/ von einem Kollektiv unter Leitung von Helmut Lötze. - In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. - Berlin (1961) 1, S. 239-283. -- Metschies, Kurt: Archivalische Quellenlage zum Forschungskomplex Währung und Finanzen im Kapitalismus. In: Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin. - Berlin, 1981. - S. 101-111.

7) Vgl. Kluge, Rainer: Quellen zur Betriebsgeschichte bis 1945 im Bundesarchiv, Abt. Potsdam und in den Staatsarchiven der neuen Bundesländer. In: AM 41 (1991) 2, S. 70-76.

- 8) Vgl. hierzu die bis 1990 verbindliche Anweisung Nr. 90/85 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Sicherung, Bearbeitung und Auswertung von benutzungseingeschränktem Archivgut v. 20. Juni 1985 und 1. Durchführungsanweisung vom 4. Juli 1985 (6 Blatt, Vertrauliche Dienstsache) und Stichwort "Ordnung und Sicherheit". - In: Lexikon Archivwesen der DDR /Hrsg. v.d. Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR. - Berlin 1976. - S. 211.
- 9) Vgl. Schreyer, Hermann: Nachlässe aus der Epoche des Kapitalismus im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. - In: AM 35 (1985) 3, S. 88-92.
- 10) Demnächst wird von Gerlinde Grahn in der Zeitschrift IWK ein entsprechender Beitrag erscheinen.
- 11) Vgl. Anm. 5 dieses Beitrages.
- 12) Vgl. Das Landesarchiv Berlin und seine Bestände. Bearb. v. Klaus Dettmer u.a. Selbstverlag des Landesarchivs Berlin. - Berlin 1992. - 608 S. (Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 1 /Hrsg. von Jürgen Wetzel).
- 13) Gegenwärtig muß der Benutzer noch auf eine Vielzahl von Einzelnachweisen an verschiedenen Stellen zurückgreifen wie z.B.: Annuaire International des Archives = International Directory of Archives. - In: Archivum. Paris 22/23 (1972/73). - S. 62-63. -- Deutsches Zentralarchiv 1946-1971 /veröff. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Lötzke, Red.: E. Brachmann-Teubner u. K. Metschies. - Potsdam, 1971. - 94 S. -- Gerlinde Grahn: Quellen zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung im Zentralen Staatsarchiv. - In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 25 (1983) 2, S. 248-255.

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Akten des Reichssicherheitshauptamtes

Als Botho Brachmann 1961 über "Aktenbetreffende des Geheimen Staatspolizeiamtes zur Widerstandsbewegung der deutschen Arbeiterklasse 1933-1939" berichtete¹, mußte er "ausdrücklich" betonen, daß "der Verbleib der meisten Akten", deren Titel er aus Einzelschriftstücken ermittelt zu haben angab, "noch ungeklärt" sei, obwohl sich ein nicht unbeträchtlicher Bestand bereits im damaligen Zentralen Staatsarchiv Potsdam befand. Er mußte allerdings dann bald bis auf einen kleinen Teil (Bestand 17.01) an das Zentrale Parteiarchiv der SED im IML abgeliefert werden, das seinerseits einen weiteren Teilbestand wohl unmittelbar aus der Sowjetunion übernommen hatte. Beide Bestände blieben dort bis Anfang 1990, als sie nach Potsdam abgeliefert wurden. Alle drei Teilbestände aus der früheren DDR sollen mit der Überlieferung derselben Provenienz, die seit 1962 als Rückgabe aus den USA im Bundesarchiv Koblenz den Bestand R 58 bildete, vereinigt werden. Im Gesamtbestand ist dann Schriftgut aller Ämter zusammengefaßt, die seit Herbst 1939 Bestandteile des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) waren: des - zunächst nur Preußischen - Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa), das Himmler 1934 bis 1936 auch in seiner Funktion als Politischer Polizeikommandeur der Länder gedient hatte, des Hauptamtes Sicherheitspolizei mit dem reichszuständigen Gestapa (ab 1939 Amt IV des RSHA) und dem Reichskriminalpolizeiamt (später Amt V) und des SD-Hauptamtes (spätere Ämter III, VI und VII).

In diesem künftigen Gesamtbestand stammt der weitaus größte Teil der Archivalien aus der Amtsgruppe IV A, die nach dem Geschäftsverteilungsplan von 1943 vor allem für die Bekämpfung von "Kommunismus, Marxismus und Nebenorganisationen" zuständig war, und ihren Funktionsvorgängern. Die meisten ihrer Beamten hatten Berlin bereits 1944 verlassen und zusammen mit anderen Amtsgruppen und ihren Akten Ausweichquartiere in Trebnitz, Wulkow und Neu-hardenberg bezogen²; dort oder in weiter westlich gelegenen mitteldeutschen Orten dürften die überlieferten Akten von russischen und amerikanischen

Truppen aufgefunden worden sein. Daß darin Vorgänge aus der Vorkriegszeit überwiegen, solche aus den letzten Kriegsjahren weitgehend fehlen, läßt vermuten, daß es sich meist um für den laufenden Geschäftsbetrieb nicht mehr benötigtes und deshalb ausgelagertes Schriftgut handelt, es sei denn, daß jüngere Akten sich noch bei den 3.009 Bänden der Provenienz RSHA im Moskauer Zentrum für die Aufbewahrung historisch dokumentarischer Sammlungen (Fonds 500) befinden³.

In nicht wenigen Fällen wurden die Akten, insbesondere über die KPD und ihr verbundene Organisationen, schon beim Preußischen Landeskriminalpolizeiamt im Berliner Polizeipräsidium angelegt und - z.T. von denselben Beamten - kontinuierlich fortgeführt; das älteste Schriftstück über den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund "Solidarität" stammt gar von 1912⁴, und über die SPD wurden nach Papens Staatsstreich von 1932 bereits Informationen gesammelt. Insofern bilden die Gestapo-Akten der Jahre 1933 und 1934 eine Parallelüberlieferung zu rund 150 Aktenbänden des Reichsinnenministeriums im ehemaligen Bestand St 10 des Zentralen Parteiarchivs der SED⁵; Vorakten bis 1933 enthält die Überlieferung des Preußischen Landeskriminalpolizeiamtes im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

Die Gestapoakten über Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung und vor allem gegen die KPD enthalten in allen Teilbeständen sowohl Unterlagen über die Verfolgung der verschiedenen Parteien und Organisationen insgesamt wie über die einzelnen. Zur ersten Gruppe gehören Runderlasse, Jahres- und Monatsberichte sowie Statistiken für das ganze Reichsgebiet und der einzelnen Stapostellen; sie befinden sich vor allem im Potsdamer Bestand St 3 (ca. 550 Bde, dabei 88 Bde Berichte und Denkschriften, 29 Bde statistische Übersichten der Stapostellen in Deutschland und in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten, auch über Verbreitung illegaler Schriften, Verhaftungen, Ermittlungen, Prozesse). In den Koblenzer Bestand (41 Bde) sind vor allem Vorgänge über Volks- und Einheitsfrontbestrebungen gelangt⁶.

Schriftgut über die KPD selbst (97 Bde, davon 11 Bde zur Organisation, 18 Bde über Propaganda und Publikationen, 6 Bde zu Antikriegsbestrebungen, 6 Bde zur Überwachung der Emigranten, 4 Bde zur Bewaffnung) und über Zersetzungsbestrebungen, ihre Frauen- und Jugendbewegung (23 Bde) bietet der ehem. ZPA-Bestand PSt 3. Im Bestand St 3 sind Akten über die Tätigkeit der Partei (138 Bde), Kommunistische Internationale und Bruderparteien (29 Bde) sowie einzelne Unterorganisationen (27 Bde, u.a. RFB, Kampfbund gegen den Faschismus, RGO, Rote Hilfe) vereinigt. In Koblenz findet sich Material (52 Bde) über die illegale Tätigkeit von Kommunisten, über Emigranten, Rote Hilfe, KJVD und eine Anzahl kulturpolitischer Organisationen.

Über die SPD und ihr nahestehende Organisationen sowie sozialistische Splittergruppen gibt es Akten in allen Teilbereichen (ca. 50 Bde in R 58, 3 Bde in 17.01, 35 Bde in PSt 3, 65 Bde in St 3). Sie betreffen u.a. die Sopade in Prag, Emigranten in Dänemark, Frankreich und der Schweiz, Neu Beginnen, Sozialistische Front Hannover, SAP, Sozialistische Arbeiter- und Jugendinternationale, Internationalen Sozialistischen Kampfbund, Revolutionäre Sozialisten, Reichsbanner, Arbeitersport- und Freidenkervereine.

Vorgänge über Maßnahmen gegen die Gewerkschaften sind ebenfalls über alle Bestände verteilt (ca. 75 Bde insgesamt, darunter betr. ADGB 11 Bde, Internationaler Gewerkschaftsbund 22 Bde, Internationale Transportarbeiterföderation 4 Bde, Illegale Freie Gewerkschaften und Maifeiern 6 bzw. 7 Bde, Bewegung gegen Vertrauensratswahlen, Streiks 6 Bde).

Nicht selten überschneiden sich die Akten über die Arbeiterbewegung, die auch die Anarcho-Syndikalisten einbeziehen (5 Bde in R 58), mit der Überlieferung über Emigranten im allgemeinen (ca. 60 Bde in allen Teilbeständen), u.a. über Flüchtlingskomitees (3 Bde), Deutsche Freiheitspartei (10 Bde), Kongresse, Konferenzen (3 Bde).

Zusätzliche Informationen über die Arbeiterbewegung bieten Sammlungen von Runderlassen (u.a. über Beschlagnahme von Vermögen) und vor allem Lageberichte für das ganze Reichsgebiet, insbesondere "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse", und der einzelnen Staatspolizei(leit)stellen. Derartige Unterlagen sind besonders in den ehemaligen ZPA-Beständen überliefert (ca. 550 Bde, überwiegend bis Kriegsausbruch). Außerdem gibt es Gestapoberichte über einzelne Strafverfahren (30 Bde in Best. 17.01, 29 in PSt 3). Sie bilden freilich nur einen unvollkommenen Ersatz für die 1945 in der Ausweichstelle Theresienstadt von den dort tätigen 200 Mitarbeitern fast ausnahmslos vernichteten seit 1933 angelegten Akten und Karteien über einzelne Personen, z.B. über Einweisungen in Konzentrationslager; eine nach Theresienstadt dienstverpflichtete Berliner Arbeiterin gab 1968 den Umfang der im März 1945 verbrannten Dossiers mit 4,5 Millionen an. Karteien des SD gelangten in den Bestand des BA (ca. 240 Bde).

Unabhängig von den Sachakten legte die Gestapo Sammlungen illegaler Schriften an. Davon sind mehr als 200 Bände in Serien nach Autoren bzw. Titeln⁷ erhalten, weitere 42 Bände mit Schriften von KPD und Bruderparteien, je 4 von SPD und Liga für Menschenrechte, 6 Bände vom Nationalkomitee Freies Deutschland⁸.

Ob diese Sammlungen sämtlich aus den Registraturen der Amtsgruppe IV A stammen, wird noch zu prüfen sein. Möglicherweise waren sie teilweise bereits in das im Amt VII angesiedelte "Archiv" des RSHA übernommen worden, das nicht zuletzt die Ummengen bei Privatpersonen und Organisationen beschlagnahmten "gegnerischen" Schriftgutes aufzunehmen bestimmt war. Es befand sich im Januar 1945 in Schlesiersee/Kreis Glogau und auf Schloß Wölfelsdorf/Kreis Habelschwerdt und fiel dort zum großen Teil in die Hand russischer Truppen⁹. Das meiste davon dürfte noch im Moskauer "Sonderarchiv" liegen, u.a. Papiere von Emigranten, einiges - und darunter Serien allgemeiner Lageberichte und Sachakten über die Emigration - gelangte an die polnische Hauptkommission zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Warschau¹⁰, anderes soll in Prag sein. Einen für die Geschichte der Arbeiterbewegung wichtigen Teil bilden jedoch die im Amt Information der Deutschen Arbeitsfront geführten Akten, die 1938 bei dessen Aufhebung vom SD-Hauptamt übernommen wurden¹¹. Sie wurden in Potsdam dem Bestand 62 DAF zugewiesen und enthalten hauptsächlich Meldungen über - vor allem kommunistische - Widerstandshandlungen in einzelnen Gauen, betreffen aber auch die Reaktionen ausländischer Arbeiterorganisationen auf den Nationalsozialismus, die Liquidation der Gewerkschaften und die Vertrauensratswahlen 1935¹². Die von der im SD-Hauptamt bis 1939 für "Linksbewegung" zuständigen Abteilung II 111 geführten Akten sind bis auf diejenigen über die Bespitzelung von Teilnehmern an KdF-Auslandsreisen (10 Bde, 1936-1939) offenbar verloren, haben aber einen Niederschlag in einigen Monats- und Jahreslageberichten und - "Leitheften" gefunden.

Trotz aller Verluste bietet die schriftliche Überlieferung des RSHA und der in ihm aufgegangenen Ämter eine nicht unwichtige Quellenbasis zur Geschichte von Verfolgung und Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus. Um sie optimal nutzen zu können, sind freilich noch er-

hebliche Erschließungsarbeiten zu leisten, zu denen das Bundesarchiv wegen der vielfältigen anderen Aufgaben vorerst nur in Grenzen in der Lage sein kann. Nicht zu vergessen ist allerdings, daß es Ergänzungsüberlieferung in den Akten von Staatspolizei- und Staatspolizeileitstellen und von einigen SD-Abschnitten gibt, über die ein Bericht folgen soll, aber auch in Registaturen preußischer und bayerischer Bezirksregierungen und von Landratsämtern und nicht zuletzt in den Akten der Staatsanwaltschaften bei Oberlandes- und Sondergerichten und des Volksgerichtshofes¹³.

Heinz Boberach

- 1) Archivmitteilungen. 11(1961). S. 74-80.
- 2) Übersichten über die Ausweichstellen in R58/849.
- 3) Kai von Jena und Wilhelm Lenz: Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau. - In: Der Archivar. 45. 1992. Sp. 459.
- 4) R58/630.
- 5) Angaben dazu in: Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. - Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentral-behörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. - Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach unter Mitwirkung von Dietrich Gessner, Kurt Metschies und Gustav-Hermann Seebold sowie Angehörigen der Archive. (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte Bd. 3). München, London, New York, Paris 1991. S. 59; die Überlieferung der Gestapo ist ebenda S. 121 ff.. 140 ff behandelt.
- 6) Alle Aktentitel sind aufgeführt in: Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs. Band 22. Bestand R 58. Reichssicherheits-hauptamt. Bearb. von Heinz Boberach. Koblenz 1982. S. 61-96.
- 7) Best. PST 3 und St 3.
- 8) In St 3 vgl. auch die Übersicht über die in R 58 in Sachakten enthaltenen Schriften im Findbuch. S. 555-570.
- 9) Kriegstagebuch für die Zeit vom 20.1. - 10.2.1945 in R 58/1044.
- 10) Jetzt: Główna Komisja Badania Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu - Instytut Pamięci Narodowej, ein Mikrofilm der wichtigsten Bände im BA Koblenz. R 58 F.
- 11) Nachweis in R 58/457.
- 12) Insgesamt ca. 75 Bde. Aufstellung der vertretenen Gaue im Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. S. 509 f.
- 13) Vgl. die Nachweise im Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Bd. I. S. 139 - 160 (Gestapo und SD). 77 - 110 (Bezirksregierungen mit Hinweisen auf Landratsämter).

Ein Brief aus Bonn und eine Sitzung in Potsdam - Zum Militärischen Zwischenarchiv

Der am 27. Juni spätabends ungeachtet öffentlicher Proteste begonnene Abtransport der Aktenbestände des Bundesarchivs/Militärisches Zwischenarchiv Potsdam wurde durch ein Schreiben aus dem Bundesministerium des Innern vorerst gestoppt: Am 25. August wies der zuständige Staatssekretär an, bis zur endgültigen Entscheidung über den Standort von Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA) und Militärgeschichtlichem Forschungsamt keine weiteren Aktenverlagerungen nach Freiburg i. Br. vorzunehmen. Er entsprach damit der seit längerem erhobenen Forderung der Öffentlichkeit, auch einiger Fraktionen des Brandenburgischen Landtages. Doch ist damit die bisherige Planung des BM/MA, nach den HVA- und KVP-Akten auch die NVA-Akten abzutransportieren, nur aufgeschoben.

Bei den Archivalien des Militärischen Zwischenarchivs Potsdam handelt es sich um die Bestände des ehemaligen Militärarchivs der DDR und den Großteil des bei der Auflösung der NVA vorhandenen Schriftgutes der militärischen Dienststellen verschiedener Ebenen: 350 lfd. Meter Akten der Po-

lizeitruppen der SBZ und der DDR (HVA,HVS,KVP), d.h. der Vorläufer der NVA; 2.800 lfd. Meter Akten der NVA; 810 lfd. Meter der Grenztruppen der DDR; 720 lfd. Meter Akten der Militäroberstaatsanwaltschaft und der Militärgerichte der DDR; 210 lfd. Meter militärische Dienstvorschriften und einen reichen Kartenbestand. Die Personalakten der KVP und der NVA werden in der Zentralnachweisstelle bei der Wehrbereichsverwaltung VII in Strausberg zusammengefaßt.

Das alles sind überaus wichtige Grundlagen für die Erforschung und Darstellung der Militär- und Sicherheitspolitik der DDR als eines wesentlichen Bestandteils der Geschichte der DDR, deren zivile Akten sämtlich in Potsdam in der Abteilung V des BA aufbewahrt und bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden sie dringend benötigt von der Zentralen Ermittlungsgruppe Regierungs- und Vereinigungskriminalität ebenso wie zur Klärung von Rehabilitierungsanträgen, von Liegenschaftsproblemen u.ä.

Deshalb ist zur Zeit noch vorgesehen, wenigstens die Akten der Grenzpolizei, der Grenztruppen und der Militäroberstaatsanwaltschaft in den nächsten Jahren im Militärischen Zwischenarchiv Potsdam verfügbar zu halten. Doch sind Materialien über besondere Vorkommnisse und Personalunterlagen auch in den anderen Beständen enthalten. Nach deren Abtransport sind diese nur noch über Arbeitskopien, die bei der naturgemäß nur auswahlweise durchgeführten Sicherheitsverfilmung entstanden, oder über die sehr arbeits- und kostenaufwendige Fernleihe zugänglich.

Die mit der beabsichtigten Verlagerung der Bestände des Militärischen Zwischenarchivs eintretenden Benutzungsschwierigkeiten beschäftigten am 23. September den Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Brandenburgischen Landtages. Seine Arbeit wurde durch die Weisungen der Bundesministerien des Innern und der Verteidigung beeinträchtigt, daß die eingeladenen Vertreter des BA und des Militärgeschichtlichen Instituts Potsdam an der Sitzung nicht teilnehmen sollten. Es erschien aber der Präsident des BA, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, und vertrat u.a. die Auffassung, daß es in Deutschland als militärisches Endarchiv nur das in Freiburg i. Br. geben könne. Der Brandenburgische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hinrich Enderlein, stellte das in Frage und betonte wie die meisten Ausschußmitglieder, übrigens in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat bei der Bundesregierung, die Notwendigkeit der Auswertung der DDR-Akten in den neuen Bundesländern für die Erarbeitung der DDR-Geschichte. Der Ausschuß beschloß, sich an den Innenausschuß des Bundestages zu wenden, um zu klären, wie die Interessen des Landes Brandenburg bei der Neugestaltung des deutschen Archivwesens gesichert werden können.

Es bleibt also zunächst weiter bei dem seit dem 3. Oktober 1990 bestehenden, überaus belastenden Schwebezustand. Die für die zukünftige Wissenschaftslandschaft im Raum Berlin-Brandenburg, besonders für die Forschungen zur Geschichte der DDR, so wichtige Frage, wie zugänglich bleiben die dazu unentbehrlichen Archivmaterialien, auch die militärischer Provenienz, wurde wieder nicht und schon gar nicht zufriedenstellend entschieden. Es ist zu wünschen, daß bei diesem ziemlich undurchsichtigen Durcheinander offenbar doch recht subjektiver Interessen verschiedener Institutionen und/oder Personen bald eine Lösung des Problems gefunden wird, die dem objektiven Anliegen möglichst nahe kommt: nämlich rasch und rationell die Bestände auch des Militärischen Zwischenarchivs Potsdam allen interessierten Nutzern, darunter auch und vor allem den wissenschaftli-

chen Mitarbeitern, den Studenten der Hochschulen und Universitäten in den neuen Bundesländern, zur Auswertung im Interesse der Erforschung der DDR-Geschichte zur Verfügung zu stellen. Werner Stang

Die Nachlässe Wollweber und Jarowinsky sowie andere bedeutende Zugänge des Zentralen Parteiarchivs

Nachdem in der Volkskammer der DDR im Herbst 1990 ein Antrag auf Verstaatlichung des Zentralen Parteiarchivs gestellt worden war, wurden über 50 Einleger von Archivgut und Nachlaß-Erben im ZPA vorstellig oder meldeten sich dort brieflich. Sie waren beunruhigt über das Schicksal der Dokumente, die sie, nicht zufällig, in einem Spezialarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung hinterlegt hatten. Ihre Bewahrung in Staatsnähe wünschten sie nicht.

Das erste frei gewählte Parlament der DDR lehnte den erwähnten Antrag wegen fehlender Rechtsgrundlage ab.

Das ZPA verwaltet etwa 280 Nachlässe, Teilnachlässe sowie Lebenserinnerungen von Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung wie A. Bebel, K. Liebknecht, R. Luxemburg, C. Zetkin, E. Thälmann, W. Pieck, O. Grotewohl, F. Dahlem, W. Ulbricht u.a. Sie ergänzen in spezifischer Weise das organisationseigene Schriftgut und sind für die Aufarbeitung der Geschichte unverzichtbar. Ihre Rückführung in Privatbesitz wäre der Beginn eines nicht beherrschbaren Erosionsprozesses und würde der Forschung irreparablen Schaden zufügen.

Im ZPA wird ein zuverlässiger, wissenschaftlich qualifizierter Umgang mit diesen Einlagen im Sinne der Verfügungsberechtigten gewährleistet. Trotzdem gab es bis zum Sommer 1992 87 Anfragen und Rückforderungen mit der Begründung, daß die neue gesellschaftspolitische Situation auch neue Entscheidungen erfordere; die Einlagen waren unter anderen Bedingungen übergeben worden.

Lebhafteste Anteilnahme fand deshalb eine Beratung, zu der Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS, und die Archivleitung am 15. Juni 1992 eingeladen hatten. Über 90 Erben von Nachlässen und Eigentümer hinterlegter Dokumente folgten mit Interesse der Erläuterung des Entwurfes eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der PDS über die Einbringung ihres Archivs in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR". Obwohl auch die Befürchtung geäußert wurde, daß dieses politische Archivgut in der Stiftung nicht wie bisher verwahrt und bewertet werden könnte, verständigten sich die Anwesenden darauf, der Bitte von Gregor Gysi zu entsprechen und dem Archiv auch beim Übergang in die neue Trägerschaft öffentlichen Rechts die Materialien weiterhin zu überlassen. Die im Vertragsentwurf ausgehandelte Anerkennung der zwischen dem Archiv und den Depositaren abgeschlossenen Verträge oder gleichgestellten Erklärungen und ihre weitere Geltung in der Stiftung für zunächst fünf Jahre wurde akzeptiert.

Obwohl das ZPA unverschuldet immer wieder in die Schlagzeilen geraten ist, überzeugt offenbar seine seriöse wissenschaftliche Arbeit zur Unterstützung der historischen Forschung, der demokratischen Bildung und der Pflege kulturellen Erbes. Das Vertrauen privater Archivguteinleger in die Leitung des ZPA scheint ungebrochen. Davon zeugt eine Reihe bedeutender Leihgaben, die das Archiv in jüngster Zeit übernehmen konnte. Zu den wichtigsten gehören z.B:

Nachlaßmaterialien von Dr. Werner Jarowinsky*, darunter viele handschriftliche Notizen, Gesprächskonzeptionen, persönliche Aufzeichnungen; Nachlaßschriftgut von Ernst Wollweber** mit Briefen aus der schwedischen Emigration, Auslieferungersuchen der Deutschen Gesandtschaft 1941, Lebenserinnerungen, Fotos und persönlichen Dokumenten; Nachlaß von Eva Altmann mit Unterlagen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, Tagebüchern, Korrespondenzen und Bildern; Nachlaß von Prof. Elfriede Paul; Nachlaßmaterialien von Gerhard und Hilde Eisler; Nachlaßdokumente, vor allem zum antifaschistischen Widerstand, von Rudolf Stender, Fritz Woelk (einschließlich Urteil wegen Vorbereitung zum Hochverrat 1932, Originalflugblätter und Fotos) sowie Georg Schwarz (Schumann-Engert-Kresse-Gruppe/Leipzig); Ergänzungen zu den Nachlässen von Rudolf Seipel, Fritz Apelt, Prof. Dr. Bruno Kaiser (mit Privatkorrespondenz aus dem schweizerischen, belgischen u.a. Exil und Fotos) und Siegbert Kahn mit Beiträgen zum Exil in England; Ergänzungen zum Personenfonds von Ruth Weihe, darunter Korrespondenzen mit Persönlichkeiten u.a. der ehemaligen Sowjetunion, Fotosammlung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Erinnerungen bzw. ergänzende Erinnerungen von Heinz Hentschke (zum antifaschistischen Widerstandskampf) und Gerhard Oertel (zur Tätigkeit des KJVD); Dokumente aus der politischen Tätigkeit von Werner Eberlein und Margarete Müller, einschließlich persönlicher Materialien. Inge Pardon

* Jarowinsky, Dr. Werner: geb. 25. April 1927, gest. 22. Oktober 1990, 1963-1984 Kandidat des Politbüros, 1984-1989 Mitglied des Politbüros.

** Wollweber, Ernst: geb. 29. Oktober 1898, gest. 3. Mai 1967, 1953-1958 Leiter der Staatssicherheit in der DDR, 1954-1958 Mitglied des ZK der SED, 1958 Ausschluß aus dem ZK und Abberufung als Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

PDS-Landesarchive in schwieriger Lage

Am 14. Oktober fand in Berlin eine Beratung von Vertretern des Zentralen Parteiarchivs und der Landesparteiarchive der PDS statt. Daran nahm auch Dr. Helmut Trotnow, Vorstandsmitglied des Förderkreises, teil. Auf diesem Treffen wurde erneut die komplizierte Situation im Hinblick auf die Perspektive der PDS-Archive in den neuen Bundesländern deutlich. Einzig die Bestände des Parteiarchivs im Land Brandenburg (zusammengesetzt aus den ehemaligen Bezirksparteiarchiven von Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam) sind mit einem Vertrag in das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam als Depositum eingebracht worden.

Darin enthalten ist u.a. eine Klausel, die die Eigentumsansprüche des Vertragspartners respektiert; geregelt sind der Zugang zu den Beständen durch bevollmächtigte Vertreter des Landesvorstandes Brandenburg der PDS sowie die Übernahme der Archivarin des PDS-Archivs in das Landeshauptarchiv. Das ehemalige Berliner Bezirksparteiarchiv ist dem Zentralen Parteiarchiv der PDS seit März 1991 zugeordnet; hier sollte es verbleiben und mit in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der

DDR" eingebracht werden. Eine endgültige Entscheidung hierfür oder über eine vertragliche Einbeziehung in das Landesarchiv Berlin ist noch nicht gefallen.

Die Verhandlungen in den anderen Ländern zwischen den PDS-Vorständen und den jeweils zuständigen Regierungsstellen zur Einbringung der Parteiarchive in die staatlichen Archive sind nicht vorangekommen bzw. noch gar nicht konkret aufgenommen worden. Bewegung deutet sich hier und da an. Manches - so meinen die Archivare - sieht jedoch nach Verzögerung seitens der Landesregierungen aus. So blieben in Thüringen mehrere Vertragsangebote der PDS unbeantwortet.

Daher muß die gegenwärtige Lage und die Perspektive für diese Landesparteiarchive - auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine Finanzierung aus treuhänderisch verwaltetem Altvermögen der SED nur noch bis Dezember d.J. möglich ist - als sehr kritisch bezeichnet werden. Die Landesvorstände der PDS werden sich um eine Forcierung der Gespräche mit den Regierungsstellen bemühen bzw. auf Angebote sofort reagieren - denn es darf nicht geschehen, daß wertvolles historisches Kulturgut durch die "Zurückhaltung" Verantwortlicher (aus welchen Gründen auch immer) Schaden nimmt. Zudem liegt ein außerordentliches Benutzerinteresse vor, die weitere Zugänglichkeit der Archive ohne gravierende Störungen aufrechtzuerhalten. Dazu erklärten die auf der Beratung anwesenden Archivare, daß die von ihnen betreuten Landesarchive auch weiterhin für die öffentliche Benutzung zur Verfügung stehen. Dies geschieht unter schwierigen Bedingungen und mit aufopferungsvollem Einsatz, wie besonders das Beispiel des Archivars in Mecklenburg-Vorpommern zeigt. Er sorgt für die ordnungsgemäße Verwaltung der Bestände der ehemaligen Bezirksparteiarchive Rostock, Schwerin und Neubrandenburg und betreut die Benutzer an einem Ort, der ihm nicht ermöglicht, täglich zu seiner Familie zu fahren.

Daß die Archive gebraucht werden, weist auch der gegenwärtige Benutzerzuspruch aus (so hatte das Archiv in Dresden im Jahre 1992 bisher rd. 150 Benutzer zu betreuen). Durch verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit (wie Benutzergespräche, "Tage der offenen Tür") wollen die Fachleute auf ihre Situation aufmerksam machen, die Einrichtungen vorstellen und die Benutzungsmöglichkeiten erläutern.

Der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. unterstützt jedes Anliegen, das gerichtet ist auf eine durch Fairneß gekennzeichnete vertragliche Regelung zur Einbringung der Parteiarchive in die Landesarchive, die komplexe Erhaltung der Bestandsüberlieferungen und die Bereitstellung dieser Archivalien für eine breite Benutzung.

Als eine Orientierung für weitere Gespräche in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollten der Vertrag in Brandenburg und der Verhandlungsstand zur Einbringung des Zentralen Parteiarchivs in die Stiftung dienen. Hinter diesen in beiderseitigem Interesse erreichten Ergebnissen dürften auch die noch zu verhandelnden Verträge in den genannten Ländern nicht zurückbleiben. Lothar Hornbogen

Irgendwie irgendwohin ? - Das Arbeiterliedarchiv

Arbeiterliedarchiv - das ist die Musik-Kulturgeschichte der deutschen Arbeiter und Handwerker, ihrer Parteien und Gewerkschaften, ihrer Vereine und Bewegungen seit etwa 1840; und genauer - das sind 800 Liederbücher, davon 50 handschriftliche; 1.600 originale oder fotokopierte Lied- und Flugblätter; 200 Notensammlungen und Partituren; 250 Schellackplatten; 3.000 handschriftliche Liedaufzeichnungen; 450 Tonbänder - insgesamt mehr als 5.000 Lieder in etwa 50.000 Nachweisen.

Darüber hinaus existieren eine Pressedokumentation und Aufsatzsammlung; 4.000 originale Dokumente wie Eintrittskarten, Chorfahnen, Instrumente etc.; 50 Polizei- und Gerichtsakten; 170 Anthologien proletarischer Dichtung; eine Fotosammlung, eine Spezialbibliothek mit 600 Bänden. Das Archiv hat Präsenzcharakter, es ist nur unter Anleitung und nach Voranmeldung benutzbar. Als Findhilfsmittel dient ein Karteikartensystem.

Gegründet wurde das Arbeiterliedarchiv 1954 von dem Volkskundler Wolfgang Steinitz und dem Musikwissenschaftler Ernst H. Meyer in der Absicht, der deutschen Volksliedforschung einen bis dahin wenig beachteten Forschungs- und Sammlungszweig hinzuzugeben. Seit seiner Angliederung an die damalige Deutsche Akademie der Künste Mitte der 50er Jahre hatte das Arbeiterliedarchiv innerhalb dieser Einrichtung (da es weder mit Mitgliedern, noch mit deren öffentlichem Wirken verbunden war) eine Art Sonderstatus. Gearbeitet wurde relativ autonom: Dem ersten Arbeitsschwerpunkt, Sammlung und Feldforschung, kam Mitte der 60er Jahre ein zweiter hinzu - die Grundlagenforschung, in deren Ergebnis zahlreiche Publikationen entstanden. In der Folgezeit entwickelte sich dann der dritte Arbeitsschwerpunkt: Mit Ausstellungen und Vorträgen wurde eine breitere Öffentlichkeit interessiert. Diese Arbeit, die auch heute unseren größten Respekt findet, ist bis 1985 eng verbunden mit dem Namen Dr. Inge Lammel. In der von ihr praktizierten Einheit von Archiv-/Sammeltätigkeit - Forschung - Wirken für die Öffentlichkeit hat sich das Arbeiterliedarchiv einen Ruf als "lebendiges" Archiv erworben, was auch die Benutzer aus vormaligen beiden deutschen Staaten belegen können.

Im Arbeiterliedarchiv sind nicht die akustischen Szenarien von Propagandaaufmärschen der SED-Führung geschrieben worden. Die Kritikpunkte, die übrigens schon zu Beginn der 80er Jahre an der Humboldt-Universität (vor allem von dem Kulturtheoretiker Dietrich Mühlberg) formuliert wurden, müssen eher auf die oft eindimensionale Darstellung von (fortschrittlicher) Arbeitermusikultur als (KPD-)Kampfkultur zielen (was schon quantitativ durch die Sammlungen selbst widerlegt ist: 70 % sind Kulturdokumente der SPD) - sowie insgesamt auf eine schönfärbende Betrachtung der Arbeiter(musik)bewegung, wie sie auch in der SED-Historiographie anzutreffen war.

Es besteht die akute Gefahr, daß das Arbeiterliedarchiv "irgendwie untergebracht" wird und somit seine Lebendigkeit verliert. Nicht nur, daß es in den Papieren zur Errichtung einer unselbständigen Archiv-Stiftung zwischen beiden Berliner Akademien (der Künste) nicht vorkommt - die gesamte Forschung der Ost-Akademie, zu der das Arbeiterliedarchiv gehört, wird Ende dieses Jahres aufgelöst. Das bedeutet, daß ein wichtiger Abschnitt der Geschichte demokratischer Musikultur in Deutschland dem Vergessen anheimgegeben wird. Und bedeutet natürlich auch den Verlust von Arbeitsplätzen.

Unter diesen Umständen ist darüber nachgedacht worden, ob nicht die Anbindung an eine andere Institution (auch außerhalb Berlins) sinnvoll wäre, z.B. an das Fritz-Hüser-Institut in Dortmund (das frühere Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur), mit dem uns seit Jahren freundschaftliche Kontakte verbinden. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) hatte 1991 Interesse signalisiert. Die Bedingungen für ein Zusammengehen sind aber letztlich nicht akzeptabel: Ein in (Ost-)Berlin gewachsenes Archiv würde nach Dortmund oder Bonn verlagert und dieser Teil Deutschlands wieder eines Teils seiner Historizität beraubt. Peter Andert

Anschrift: Arbeiterliedarchiv, Luisenstraße 58/60, 0-1040 Berlin, Tel.: (030) 2878336.

Der Bestand Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf dem Weg in die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR"

Der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, gegründet am 30. Juni 1947 als "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion", fiel in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR die Aufgabe zu, die Bevölkerung mit der Geschichte, Politik und Kultur der UdSSR bekanntzumachen und Kontakte zu "Sowjetmenschen" herzustellen sowie Aggressionen abzubauen, die sowohl durch die nationalsozialistische Propaganda geschürt als auch durch die sowjetischen Kampftruppen im Jahre 1945 hervorgerufen worden waren. Damit erfüllte sie ihren spezifischen Auftrag bei der Durchsetzung der Politik der SED, die die Freundschaft zur Sowjetunion als eine der Grundlagen des Staates betrachtete.

Über die Struktur und Arbeitsweise der auf dem 2. Kongreß am 1. Juli 1949 in "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" umbenannten Studiengesellschaft wird in einer Buchpublikation von Professor Lothar Dralle, Gießen, die auf der Grundlage intensiver Archivstudien nach der "Wende" entstanden ist und im Jahre 1993 erscheinen wird¹, ausführlich und differenziert Auskunft gegeben.

Wie in den anderen Massenorganisationen bestimmte auch in der Gesellschaft für DSF der Zentralismus den Organisationsaufbau und die Tätigkeit. Höchstes Organ war der in der Regel alle fünf Jahre stattfindende Kongreß, der den Zentralvorstand, den Präsidenten und die Zentrale Revisionskommission wählte. Aufgebaut nach dem Territorial- und dem Produktionsprinzip, gliederte sich die Gesellschaft in regionale und betriebliche Einheiten (Bezirks- und Kreisvorstände, Grundeinheiten). Sie vergab mehrere Auszeichnungen.² Am 29. November 1989 legten auf einer Tagung des Zentralvorstandes der letzte Präsident der Gesellschaft, Erich Mückenberger, und der Vizepräsident, Heinz Kuhrig, ihre Ämter nieder. Nach heftigen Diskussionen wurde auf dem Außerordentlichen Kongreß in Schwerin am 27. Januar 1990 ein Zentralausschuß mit dem Vorsitzenden Pfarrer Cyrill Pech gewählt.

1) Arbeitstitel: Russen und Deutsche. Zur Geschichte ihrer organisierten Freundschaft.

2) Ausführlichere Angaben siehe: Lange, B.: Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. In: Archivmitteilungen. Jg. 40 (1990) H. 3. S. 97-100; und in: Der Archivar. Jg. 45 (1990) H. 3. S. 392-398.

Seit 1990 hat die Gesellschaft für DSF, die sich unter Treuhanderschaft befindet, neue Strukturen angenommen. In den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bildeten sich Landesgesellschaften mit unterschiedlichen Bezeichnungen. Ihre Vertreter wählten auf dem Verbandstag am 16. Februar 1991 den Föderativen Vorstand, der den alten Namen "Gesellschaft für DSF" beibehielt und erst seit dem Außerordentlichen Verbandstag am 28. März 1992 den Namen "Brücken nach Osten" trägt. Während die Landesgesellschaften auch in Zukunft bestehen bleiben werden, wird der Föderative Vorstand zum 31. Dezember 1992 aufgelöst. Das von der Treuhand verwaltete Restvermögen geht in die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ein.

Da das Archiv der Gesellschaft, das erst seit dem Jahre 1981 von einer archivalischen Fachkraft betreut wird, über wertvolle Materialien verfügt, wurden rechtzeitig mit dem Bundesarchiv Verhandlungen aufgenommen. Sie führten dazu, daß der Bestand Anfang Juli 1992 von der Berliner Mohrenstraße in die Wilhelm-Pieck-Straße 1 verlegt werden konnte. Inzwischen ist seine Eingliederung in die erwähnte Stiftung durch die Paraphierung eines Einbringungsvertrages in die Wege geleitet. Dieser Bestand umfaßt etwa 400 lfm Akten, eine relativ vollständige Sammlung von Propagandamaterialien, zu denen die Druckschriften, Plakate, Bildserien, Kleinausstellungen und Dia-Ton-Vorträge gehören, sowie ein relativ großes Fotoarchiv. Diese Materialien sind bis auf einen Restbestand unverzeichneter Akten durch Karteien erschlossen und benutzbar. Bis zum 31.12.1992 werden noch die Akten des Föderativen Vorstandes, die gegenwärtig zur Aufgabenerfüllung benötigt werden, übernommen.

Das Archivgut dokumentiert annähernd lückenlos die Entwicklung der Organisation von einer zunächst kleinen Studienorganisation zu der zumindest zahlenmäßig zweitgrößten Massenorganisation der DDR nicht nur auf der zentralen, sondern auch auf der regionalen Ebene. Es vermittelt Angaben zur Arbeit des Zentralen Hauses der DSF und zum ehemals organisationseigenen Verlag "Kultur und Fortschritt", der im Jahre 1963 mit dem Verlag "Volk und Welt" verschmolzen ist, bietet Unterlagen über die Arbeit der Gesellschaften für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, beantwortet Fragen nach der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet des Wissenschafts- und Kulturaustausches, vermittelt Angaben zur sowjetischen bildenden Kunst, Literatur, zu Theater und Film. Dokumentiert sind die Zusammenarbeit mit der SED, den Massenorganisationen und dem Staatsapparat der DDR, Probleme des Neuererwesens, das auf den Gebieten von Industrie und Landwirtschaft insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren durch die Gesellschaft besonders gefördert wurde. Somit bildet der Bestand eine wertvolle Ergänzung zu den Quellen, die im Staatsapparat der DDR entstanden sind.

Wertermittlung und Kassation sollten späteren Jahren vorbehalten bleiben, wenn durch den zeitlichen Abstand zum Untergang der DDR besser erkennbar ist, inwieweit die Aufarbeitung der Geschichte dieses Staates mit seinen Parteien und Massenorganisationen eine Reduzierung des nach archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten kassationswürdigen Schriftgutes erlaubt. Die Benutzung dieses Bestandes regelt sich ab 1. Januar 1993 nach den Vorschriften, die für die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ihre Gültigkeit haben werden.

Barbara Lange

Unternehmensarchivlandschaft im Ostteil Berlins

Die wirtschaftshistorische Entwicklung Berlins steht in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Herausbildung als politischer und wirtschaftlicher Metropole des Landes. Neben vielfältigen Anknüpfungsmöglichkeiten an gewerbliche Traditionen, einer bedeutenden infrastrukturellen Erschließung und einem ausbaufähigen Absatzmarkt wirkte sich vor allem die Nähe zu zentralen politischen, staats- und wirtschaftsleitenden Behörden, Banken, Börsen, wissenschaftlichen Einrichtungen u.v.a. förderlich auf die Entwicklung aus. Aufgrund des Fehlens der für den industriellen Ausbau notwendigen Rohstoffe im Stadtgebiet bzw. im unmittelbaren Umland entwickelten sich vorwiegend jene Bereiche, die sich durch einen großen Arbeitskräfte-, Kapital- und Wissenschaftsanteil sowie einen hohen Veredelungsgrad auszeichneten.

So ist die Wirtschaftsgeschichte Berlins untrennbar mit der Entwicklung der Elektroindustrie verflochten, die 1936 mit 48,3 v.H. fast die Hälfte des Nettoproduktionswertes dieser Industriegruppe in Deutschland lieferte. Darüber hinaus erbrachten die Berliner Bekleidungsindustrie mit 35,1 v.H. über ein Drittel und das Druckgewerbe sowie die feinmechanisch-optische Industrie je ein Fünftel des Nettoproduktionswertes dieser Industriegruppen in Deutschland.

Diese in der Vorkriegszeit entstandenen Industriestrukturen bildeten die Ausgangsbasis für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins nach 1945. Die politische und wirtschaftliche Spaltung Berlins in den folgenden Jahren war mit einer Zerstörung der historisch entstandenen Industriegrundstruktur verbunden. In beiden Stadthälften begannen sich die wirtschaftlichen Strukturen unabhängig voneinander zu entwickeln. Langfristig betrachtet erreichte jedoch weder die Industrie im Ost- noch im Westteil der Stadt die Bedeutung, die die Berliner Industrie in der Vorkriegszeit für die deutsche Wirtschaft besaß.

Für Ost-Berlin als größtem Industriestandort der DDR blieb ein hoher Anteil von arbeits- und wissenschaftsintensiven sowie veredelnden Industriezweigen typisch. Zu den Industriebereichen mit dem größten Anteil an der industriellen Bruttoproduktion Ost-Berlins gehörten Mitte der 80er Jahre: die Elektrotechnik/Elektronik, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Leichtindustrie (ohne Textilindustrie) sowie die chemische Industrie.

Einzelne Unternehmen dieser Industriebereiche, die über umfangreiche Schriftgutbestände, Fotosammlungen und teilweise auch museale Sammlungen verfügen und in der Lage sind, die wirtschaftshistorische Entwicklung Ost-Berlins anschaulich zu dokumentieren, "leisten" sich auch heute noch ein Unternehmensarchiv. So stehen für Studien zur wirtschafts- und unternehmenshistorischen Entwicklung der Berliner Elektroindustrie u.a. in den Archiven der EAW Berlin GmbH, der Kabelwerk Oberspree GmbH und des Werkes für Fernseh elektronik GmbH umfangreiche Primärquellen zur Verfügung. Für Forschungen zur chemischen Industrie gibt es Überlieferungen in der Berlin-Chemie AG, zur traditionell in Berlin angesiedelten Konfektionsindustrie im Archiv der BECON classic GmbH und zur Entwicklung des Maschinenbaus in der NILES Werkzeugmaschinen GmbH Berlin.

Die hier benannten Unternehmensarchive stellen jedoch nur noch einen kleinen Anteil der bis Herbst 1989 in Berlin existierenden Betriebsarchive dar. Mit der Liquidation bzw. Abwicklung der Betriebe wurden auch die Archive liquidiert bzw. abgewickelt. Wertvolles Material zur Berliner

Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte ging damit unwiderbringlich verloren. Die Anstrengungen des Landesarchivs Berlin, Außenstelle Breite Straße, zur Sicherung des bedrohten Wirtschaftsarchivgutes reichten nicht aus, um größeren Schaden zu verhindern.

Noch heute ist aufgrund offener Vermögensfragen die Situation vieler Unternehmen und demzufolge der Unternehmensarchive ungeklärt. Um weitere Verluste von Wirtschaftsarchivgut zu verhindern und die Möglichkeit zur Rettung von Archivgut zu schaffen, erfolgt von seiten der Treuhand der Aufbau eines Berliner Depots, das bei Liquidation bzw. Privatisierung des Unternehmens ohne Rechtsnachfolge das Archivgut übernimmt.

Wiederholt ist in früheren Jahren in den alten Bundesländern darauf hingewiesen worden, daß ein beschleunigter Strukturwandel innerhalb einer Wirtschaftsregion, wie er sich auch in Berlin vollzieht, zwangsläufig zu einer Gefährdung des Wirtschaftsarchivgutes führt. Um einer weiteren Vernichtung von Wirtschaftsschriftgut entgegenzuwirken und wertvolle Zeugnisse und Materialien aus den Betrieben und Unternehmen des Ostteils Berlins für die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung zu sichern, sollte in Berlin möglichst kurzfristig über den Aufbau eines regionalen Wirtschaftsarchivs nachgedacht werden. Noch ist es nicht zu spät.

Renate Schwärzel

Das Pressearchiv des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte/Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR

Eine düstere Prognose glaubte vor wenigen Monaten die "Berliner Morgenpost" dem "Zeitungs-Archiv des DDR-Pendants zum Gesamtdeutschen Institut, des Instituts für Politik und Wirtschaft (IPW)" stellen zu müssen. Werde es - wie aus finanziell zwingenden Gründen vorgesehen - Ende dieses Jahres an der Humboldt-Universität "abgewickelt", dann drohe "13 Millionen Zeitungsausschnitten, 15.000 Zeitungsbänden und dem riesigen biographischen Zeitungsausschnitt-Archiv" ein "muffiges Keller- und Kistenschicksal". Die Sorge war nur allzu berechtigt: Selbst so potente Ansprechpartner wie das Bundesarchiv und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sahen "für sich keine Möglichkeit einer Übernahme" gegeben. Seit Ende September allerdings hat der Horizont sich aufgehellt. Als erster ernsthafter Bewerber ist das Land Brandenburg in Erscheinung getreten, das offenbar Jürgen Kockas Potsdamer Forschungsschwerpunkt für zeit-historische Studien mit dieser einzigartigen Sammlung ausstatten will. Wenig später meldete sich auch die Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" zu Wort. Am 16. Oktober sprach sich ihre "Archivgruppe" einstimmig für eine Intervention beim Bundesministerium des Innern aus. Zielvorstellung ist dabei die Eingliederung des IPW-Archivs in die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR". "Der Fall ist kein Fall mehr", hört man inzwischen aus dem Bundesarchiv. "Die Erhaltung der Bestände scheint gesichert. Wer sie letztlich übernimmt, steht allerdings noch nicht fest." Mi

Das Zeitungsband- und Zeitungsausschnittarchiv des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte/Institut für internationale Politik und Wirtschaft, das dank der Humboldt-Universität bis heute erhalten und weitergeführt werden konnte, ist ein DDR-Zeitzeuge besonderer Art. Seine Bedeutung für

die politische Bildungsarbeit und die zeitgeschichtliche Forschung wurde von mehreren Experten in Gutachten nach 1990 bestätigt.

Die Gründung des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ) erfolgte auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Unter Aufsicht des "Magistrats von Groß-Berlin" wurde eine "Zentralstelle für Zeitgeschichte" geschaffen, die am 1. März 1946 ihre Tätigkeit aufnahm. Im Juni 1947 wurde das seit Ende 1946 bestehende Institut für Publizistik in Berlin-Friedrichsfelde übernommen. "Zur Hauptaufgabe des Instituts, das jetzt der Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone unterstand, wurde die Sammlung und Archivierung von Materialien der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, insbesondere jener, die die unterschiedliche Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Westmächte sowie den Kampf aller fortschrittlichen deutschen Kräfte um eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in ganz Deutschland zum Inhalt hatten". Im Juli 1949 begann die Reorganisation des Instituts als wissenschaftliche Forschungsstätte mit publizistischen Aufgaben.

Das DIZ wurde 1949 dem "Amt für Information bei der Regierung der DDR" unterstellt. Dem Institut stand ein Kreis von Gesellschaftern vor, zu dem u.a. Albert Norden gehörte. Schon in den sechziger Jahren wird das DIZ in der Presse der Bundesrepublik als der SED nahestehend charakterisiert. Als eine Konsequenz aus der Tätigkeit des DIZ entstand bis 1971 "ein großes Ausschnittarchiv relevanter Pressematerialien deutschsprachiger und fremdsprachiger Quellen". Die "Auswertung und Lektorierung" der Zeitungen erfolgte nach einem speziell geschaffenen Dezimalklassifikationskatalog. Daneben wurde ein Zeitungsbandarchiv mit ca. 100 Titeln aufgebaut und kontinuierlich geführt. Im Jahre 1971 wurde das Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR gegründet. Das Deutsche Institut für Zeitgeschichte wurde mit dem Deutschen Wirtschaftsinstitut sowie dem Staatssekretariat für westdeutsche Fragen zum IPW umgebildet. In der Folge wurden auch u.a. die Pressearchive des DIZ und des DWI vereinigt. Auf der Basis eines speziell geschaffenen Thesaurus mit über 2.000 Deskriptoren wurde das Zeitungsausschnitt- sowie -bandarchiv weitergeführt. Das Auswertungsprofil resultierte aus der Unterstellung des IPW - formal dem DDR-Ministerrat, inhaltlich dem Politbüro des ZK der SED - sowie seiner Aufgabenstellung "Leitinstitut der Imperialismusforschung" zu sein einschließlich der "Agitation und Propaganda gegenüber dem Imperialismus". Das IPW arbeitete bis 1990 und wurde dann auf Beschluß des DDR-Ministerrats aufgelöst. Im Ergebnis der Tätigkeit des IPW und seiner Vorläufer ist ein Zeitungsausschnittarchiv mit ca. 12 bis 15 Millionen thematisch fein sortierten Ausschnitten (Sach-, Personen-, Institutionen- und Firmenarchiv) sowie ein über 100 Titel umfassendes Zeitungsbandarchiv entstanden, das in erster Linie aus westeuropäischen, insbesondere deutschsprachigen Quellen gespeist wurde.

Das Zeitungsausschnittarchiv ist wie folgt strukturiert: Sacharchiv - 24.000 Mappen, Biographisches Archiv - 5.000 Mappen, und Firmenarchiv - 1.000 Mappen. Regional ergibt sich u.a. folgender Aufbau des Archivs: BRD - 4.635 Mappen, Berlin/West - 900 Mappen, DDR - 1.465 Mappen, USA - 290 Mappen, Frankreich - 500 Mappen, Großbritannien - 630 Mappen, UdSSR - 520 Mappen. Das Sacharchiv gliedert sich u.a. in: Lösung der deutschen Frage - 1.350 Mappen, Innen- und Sozialpolitik der BRD - 7.670 Mappen - davon über 300 Mappen zur Gewerkschaftsbewegung sowie über 200 Mappen zum Tarifkampf, Innen- und Sozialpolitik der DDR - 1.840 Mappen, BRD-Außenpoli-

tik - 1.600 Mappen, DDR-Außenpolitik - 960 Mappen. Jede Mappe enthält im Durchschnitt 400 Zeitungssausschnitte. Das Archiv ist durch drei Dezimalklassifikationen und einen Thesaurus erschlossen. Die Ablage erfolgte stets chiffriert nach Notationen, so daß die Nutzung des Archivs nur mit Hilfe des vorhandenen Archivpersonals möglich ist. Olaf Stein

Anschrift: Pressearchiv, Schadowstr. 12 - 13 (Nähe S-Bahnhof Unter den Linden), O - Berlin 1080; kein Telefonanschluß mehr, deshalb telefonische Auskünfte nur noch nach 18 Uhr über (030) 5414538 (Olaf Stein).

Leitfaden zum "Russischen Zentrum"

"Vom Zentralen Parteiarchiv zum Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZBSDNG)" - so lautet in deutscher Übersetzung der Titel einer Publikation, die als "Informations-Sammelband Nr. 1" soeben in Moskau erschienen ist. Als Herausgeber genannt werden das Komitee für Archivwesen bei der Regierung Rußlands und das Russische Forschungsinstitut für Dokumentenkunde und Archivwesen. Für die Erlaubnis, die Einleitung der 17 Kapitel umfassenden Broschüre den Lesern der "Mitteilungen" zur Kenntnis zu bringen, sind wir der Leitung des Russischen Zentrums zu Dank verpflichtet.*

Nach der Niederlage des Putsches in Moskau wurden die Parteiarchive Rußlands entsprechend dem Erlaß des Präsidenten der RSFSR vom 24. August 1991 nationalisiert und ihre Bestände "zwecks Verhinderung illegaler Vernichtung" in staatliche Verwahrung überführt. Auf Beschluß des Ministerrats der RSFSR vom 12. Oktober 1991 wurde das Russische Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZBSDNG) gegründet. Das Zentrum arbeitet unter der Leitung des Komitees für Archivwesen bei der Regierung der Russischen Föderation nach den für das gesamte staatliche Archivsystem Rußlands geltenden Regeln und ist für Bürger und Organisationen zur Benutzung offen. Wie bei der Präsentation am 23. Dezember 1991 erklärt, ist das RZBSDNG als wissenschaftliche Forschungseinrichtung auf dem Gebiet des Archivwesens und der Archäographie Bewahrer und Verwalter von Archivdokumenten, die geistiges Eigentum des Staates sind.

Das Russische Zentrum bewahrt die Fonds des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs, das von 1920 bis 1991 als eine der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der KPR(B) - KPdSU(B) - KPdSU bestanden hat, und zwar als Kommission zur Sammlung, Erschließung und Veröffentlichung von Materialien zur Geschichte der Oktoberrevolution und der Partei (Istpart), als Marx-Engels- und Lenin-Institut, vereinigt zum Institut

*Abweichend von der Formulierung in Heft 1 haben wir uns für den Ausdruck "Bewahrung" entschieden, da mehr als nur die technische Prozedur der Aufbewahrung gemeint ist. Auch scheint uns der Terminus "Studium" angemessener als die Begriffe "Erschließung" und "Erforschung" zu sein. Die deutsche Abkürzung hätte demgemäß zu lauten: RZBSDNG (offizielle russische Version: RCCHIDNI). Soweit Mißverständnisse auszuschließen sind, wird das Kürzel RZ genügen. - Die folgende Übersetzung besorgte für uns Renate Leuschner.

für Marxismus-Leninismus und schließlich als Institut für Theorie und Geschichte des Sozialismus.

Gegenwärtig befinden sich in 551 Fonds des RZBSDNG (im folgenden auch RZ genannt - d. Ü.) mehr als 1,5 Millionen Akteneinheiten, 9.300 Fotografien und 8.600 Meter Film. Diese außerordentliche Anzahl von Dokumenten und Materialien wird in drei Dokumentenabteilungen des Russischen Zentrums aufbewahrt.

In der Abteilung Dokumente zur Sozialgeschichte Europas befinden sich die Originaldokumente prominentester Vertreter des gesellschaftspolitischen Denkens und sozialistischer Lehren, von Funktionären der sozialdemokratischen und Arbeiterbewegung europäischer Länder wie G. Babeuf, B. Bauer, Ed. Bernstein, O. Blanqui, W. Weitling, J. Dietzgen, K. Kautsky, F. Lassalle, K. Marx und Fr. Engels, F. Mehring, P.-J. Proudhon, Saint-Simon u.a.

Ferner befinden sich daselbst die Materialien zur Geschichte der Revolutionen in Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert, die als offizielle Dokumente der Epoche der Großen Französischen Revolution 1789-1794 zu betrachten sind; - der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848; - der Septemberrevolution 1870; - eine Sammlung von Dokumenten der Pariser Kommune 1871, die durch Materialien der persönlichen Fonds von E. Vaillant, Ch. Delescluse, P.-O. Lissagaray, L. Michel, G. Flourens und anderer Kommunisten ergänzt wird.

Die Abteilung beherbergt die Dokumente der ersten internationalen kommunistischen und Arbeiterorganisationen - des Bundes der Kommunisten und der Internationalen Arbeiterassoziation, die mit den Dokumenten der persönlichen Fonds von G. Weerth, J. Weydemeyer, W. Wolff, F. Lessner, F. Freiligrath und anderer Mitglieder des Bundes korrespondieren sowie durch Dokumente aus dem Fonds von J.-G. Eccarius und F. Sorge, zu verschiedenen Zeiten Generalsekretäre der I. Internationale, ergänzt werden. Von der Tätigkeit der revolutionären Organisationen des Proletariats und ihrer Führer, von der politischen Emigration berichten Dokumentensammlungen (Dossiers und Observierungsmaterialien) aus den geheimen Staatsarchiven Österreichs, Belgiens, Hamburgs, Preußens, Sachsens, Frankreichs und der Schweiz, die zum Teil nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Rußland gelangten.

Nach Abschluß der wissenschaftlich-technischen Bearbeitung erhalten die Benutzer Zugang zum Bestand von Dokumenten verschiedenster Politiker und Staatsmänner Europas und Amerikas aus dem 19. Jahrhundert.

In der Abteilung Dokumente zur politischen Geschichte Rußlands werden zahlreiche Dokumentenkomplexe aufbewahrt, die die politische Geschichte Rußlands vor der Oktoberrevolution und der Sowjetunion - von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis in die jüngste Zeit - umfassen. Dazu gehören die Protokolle und Stenogramme von Parteitagungen und -konferenzen sowie von Ple-nartagungen des ZK der SDAPR - KPR(B) - KPdSU(B), darunter auch bisher unveröffentlichte. Hier befinden sich auch Dokumente und Materialien aller wichtigen Fraktionen und Strömungen der russischen Sozialdemokratie - der Bolschewiki, Menschewiki und anderer Gruppen, der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS "Lewica"), des "Bund" u.a. sowie ihrer Presseorgane.

Die Geschichte der Sowjetperiode ist vertreten durch die Originaldokumente W.I. Lenins und anderer Politiker und Staatsfunktionäre, durch die Protokolle des Politbüros, des Orgbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU, durch Materialien aus den Abteilungen, Kommissionen und anderen Strukturen des ZK-Apparats sowie aus den regionalen Büros des ZK, durch Dokumente der örtlichen Parteiorganisationen bis zum Jahre 1990, durch Materialien der Politorgane einer Reihe von Volkskommissariaten. Die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945 findet ihren Niederschlag in Dokumenten des Fonds des Zentralen Stabs der Partisanenbewegung und in Kopien der Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees.

In der Abteilung Dokumente der internationalen kommunistischen und Arbeiterorganisationen und -bewegungen befinden sich Dokumente und Materialien zur Geschichte der internationalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung von 1896 bis 1943, darunter die Dokumente von Zimmerwald und Kienthal, der II. (Londoner) und der II 1/2 (Wiener) Internationale sowie der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Von größtem historischen Wert sind die Dokumente aus dem Archiv der Komintern. Sie widerspiegeln die Arbeit aller sieben Kongresse und 13 Plenartagungen, der leitenden Organe des EKKI (Exekutivkomitee, Präsidium, Politsekretariat, Internationale Kontrollkommission usw.). Hier befinden sich auch die Dokumente aus den Abteilungen des EKKI, aus Problemkommissionen (zu Fragen des Programms, der Finanzen, der Reorganisation des Apparats, zur Agrarfrage) sowie aus Kommissionen zu aktuellen taktischen Fragen in einzelnen Ländern; ferner die Dokumente aus den Ländersekretariaten (Britisch-Amerikanisches, Balkanländer, Lateinamerika, Polen und Baltikum, Romanisches, Skandinavisches, Mitteleuropäisches), aus den Sekretariaten von Präsidiumsmitgliedern des EKKI und aus den regionalen Büros der Komintern (Wiener, Westeuropäisches, Karibisches, Südamerikanisches u.a.), Materialien der einzelnen Kommunistischen Parteien, die entsprechend dem Statut zur Information an die Komintern gesandt wurden.

Im Archiv der Komintern befinden sich auch die Dokumente internationaler revolutionärer Organisationen, die der Komintern angehörten oder ihr nahestanden: der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI), der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern), der Internationalen Roten Hilfe (MOPR), der Internationalen Arbeiterhilfe (Meshrabpom), des Internationalen Bauernrats (Krestintern), der Roten Sport-Internationale (Sportintern), der internationalen Verbände revolutionärer Schriftsteller (MORP) und revolutionärer Theater (MORT). Über die Schulung der Kader für die der Komintern angehörenden Parteien berichten die Dokumente der Internationalen Leninschule sowie der drei Kommunistischen Universitäten: für die nationalen Minderheiten des Westens (KUNMS "Julian Marchlewski"), für die Werktätigen des Ostens (KUTW), für die Werktätigen Chinas (KUTK). Die Tätigkeit internationaler Bewegungen gegen Kolonialismus, Faschismus und Krieg verdeutlichen die Dokumente des Komitees der antiimperialistischen Liga, des Internationalen antifaschistischen Komitees, der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg.

Das RZ arbeitet an den Dokumenten des Fonds des Informbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, die die Tätigkeit der Parteien nach der Selbstaflösung der Komintern im August 1943 widerspiegeln. Nach Abschluß der Bearbeitung stehen auch diese Dokumente den Benutzern zur Verfügung. Zum Archiv der Komintern gehören ferner die persönlichen Fonds

namhafter Funktionäre der kommunistischen Bewegung wie Toivo Antikainen, Antonio Gramsci, Sen Katayama, Marcel Cachin, G. Serrati, Y. Sirola, Ernst Thälmann, Palmiro Togliatti (M.Ercoli), W. Foster, Clara Zetkin. Trotzki's Wirken in der Komintern wird durch seine Reden auf Kongressen, Plenartagungen und Sitzungen des EKKI verdeutlicht.

Mehr als ein Drittel der Dokumente sind Originale, die äußerst selten bzw. nie veröffentlicht waren und von Wissenschaftlern nicht ausgewertet sind.

Das RZ setzt die Sammlung von Dokumenten politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen sowie sowjetischer Partei- und Staatsfunktionäre aktiv fort. So wurde z. B. im März 1992 das Archiv von L. M. Kaganowitsch von dessen Angehörigen unter bestimmten Bedingungen für die Nutzung an das RZ zur Aufbewahrung übergeben. In nächster Zeit wird die Übernahme wertvoller Materialien aus dem Zentrum für die Bewahrung zeitgeschichtlicher Dokumente erwartet, in dem die Archive des Apparats des ehemaligen ZK der KPdSU zusammengefaßt wurden, sowie die Übernahme des historischen Teils des sogenannten "Kreml-Archivs". Alle diese Materialien gehen in den Bestand des Russischen Zentrums ein.

Die Forschungs- und Publikationsabteilung des RZ leistet wissenschaftliche Forschungsarbeit auf dem Gebiet der neuesten Geschichte Rußlands und anderer Länder. Zur Zeit wird die Veröffentlichung eines Kleinen Findhilfsmittels für die Bestände des RZ vorbereitet. In Vorbereitung befinden sich ferner die Dokumentenbände "Lenin und Trotzki. Briefwechsel 1917-1923", "J. Martow. Notizen eines Sozialdemokraten", "Briefe Karl Kautskys", "Die Menschewiki in Rußland 1917", "Der mißlungene deutsche Oktober: die Revolutionspläne der Komintern 1923", "Stalin gegen Ost-Europa. Dokumente des Kominform" und andere fundamentale Arbeiten.

Entsprechend den neuen Grundsätzen der Staatspolitik Rußlands gewährt das RZ einheimischen und ausländischen Forschern freien und gleichberechtigten Zugang zu seinen Beständen. Es ist offen für sachliche konstruktive und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen interessierten wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen, unabhängig von deren staatlicher und nationaler Zugehörigkeit und weltanschaulicher Orientierung.

Das Russische Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte befindet sich im Zentrum Moskaus (postalische Anschrift: 10 38 21 Moskau, Puschkinskaja uliza 15. Telefon: 2-00-51-12 oder 2-29-97-26). Das Gebäude wurde nach einem Entwurf des Architekten S.G. Tschernyschew erbaut und 1927 in Betrieb genommen. Im Jahre 1982 wurde es nach dem Entwurf des Chefarchitekten von Mosprojekt, W.I. Popow, um mehr als das Doppelte erweitert. Die Dokumente werden in Spezialcontainern in einem 14-stöckigen Turm aufbewahrt. Auf den Etagen herrschen optimale Bedingungen für die Aufbewahrung der Dokumente. Eine Klimaanlage sorgt für ein angemessenes Temperatur- und Feuchtigkeitsregime. Den Benutzern stehen ein geräumiger und heller Lesesaal mit 100 Arbeitsplätzen sowie eine wissenschaftliche Bibliothek zur Verfügung. Für die Durchführung von Symposien, wissenschaftlichen Konferenzen und Beratungen gibt es im Zentrum einen Konferenzsaal mit 350 Plätzen, einer Filmvorführanlage und einer Dolmetscheranlage für Synchronübersetzungen in sechs Sprachen. In der kurzen Zeit seit der Gründung wurde in Beratungen der Direktion des RZ und in Versammlungen des Arbeitskollektivs eine Reihe wichtiger und aktueller Fragen der Arbeit gelöst; es wurden Dokumente vorbereitet,

die die Arbeit des Zentrums regeln und reglementieren. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen jene Fragen, die mit der Überführung des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs in das System des staatlichen Archivwesens Rußlands zusammenhängen. Die Beschlüsse der Direktion und des gesamten Kollektivs des RZ beziehen sich auf die Hauptrichtungen der Arbeit. Sie zielen auf die Verbesserung der Komplettierung der Bestände durch Dokumente traditioneller und neuer Fondsbildner, auf die Erhaltung der Dokumente für künftige Generationen, auf die Schaffung eines wissenschaftlichen Auskunftapparats, der den Bedürfnissen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit entspricht und der intensiven Auswertung der Archivinformation im Interesse der Gesellschaft umfassend förderlich ist. Einen wichtigen Platz nahmen Fragen der Formierung eines neuen Wirtschaftsmechanismus und der Entwicklung von Vertragsbeziehungen ein.

Der vorliegende Informations-Sammelband enthält normative und methodische Dokumente und Materialien sowie kurzgefaßt die von Leitern und Experten des RZ bei der Ausarbeitung und Beratung dieser Dokumente geäußerten Standpunkte.

Die meisten der in den Dokumenten des Zentrums formulierten Grundsätze gelten nicht nur für diese wissenschaftliche Archiveinrichtung, sie können auch für andere Archive von Interesse sein und beim Aufbau neuer Zentren zur Bewahrung zeitgeschichtlicher Dokumentation genutzt werden. Ihre Veröffentlichung im vorliegenden Sammelband soll der Vermittlung von Erfahrungen im gesamten Bereich dienen.

Lichtblick in Sofia?

Zwiespältige Eindrücke von der Archivsituation in Bulgarien vermittelte Anfang des Jahres ein Bericht Jivka Damianovas, den die IWK in ihrer Märzausgabe publizierte. Demnach war das Archiv der früheren Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) mit seinen ungefähr 100.000 Archiveinheiten, 1.500 Mikrofilmen, mehr als 3.000 Memoirenmanuskripten und 50.000 Fotos in der Theorie zwar seit nahezu zwei Jahren für die Forschung geöffnet. Wegen einer Kontroverse auf politischer Ebene blieb die Benutzung praktisch aber blockiert. Umstritten war die Frage, was als Eigentum der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) - als Nachfolgerin der BKP - anzusehen sei, die sich bereits Anfang 1990 bereiterklärt hatte, Dokumente "gemischten Charakters", also parteilich-staatlicher Provenienz, dem Staatsarchiv zu übergeben. Um eine juristische Grundlage für die Verstaatlichung der Bestände und die Aufteilung der 330 Archivfonds auf verschiedene Abteilungen des Staatsarchivs zu schaffen, erging am 4. Juli 1991 der Regierungsbeschluß Nr. 127, gegen den die BSP mit dem Ziel seiner Modifizierung Klage erhob. In der Konsequenz dieser juristischen Auseinandersetzung bestand nach dem Urteil von Sachkennern die nicht geringe Gefahr, "daß sowohl das Zentrale Parteiarchiv als auch die Bibliothek für die Forschung über längere Zeit nicht benutzbar sind, abgesehen davon, daß nicht sicher auszuschließen ist, daß Dokumente inzwischen 'verschwinden' oder vernichtet werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Brand im Parteihaus im Zentrum von Sofia im August 1990, dem wertvolle Materialien zum Opfer fielen".

Über ein neues Moment in der Entwicklung berichtete der RFE/RL <Radio Free Europe, Radio Liberty> Research Report in seiner Ausgabe vom 4. September. Gegenüber der Bulgarischen Telegrafagentur hatte demzufolge der

Leiter des staatlichen Archivwesens, Veselin Metodiev, am 21. August erklärt, daß zu Beginn des kommenden Jahres ("in early 1993") das BKP-Archiv für die Öffentlichkeit geöffnet werde. Der hierfür erforderliche Gesetzgebungsakt werde wahrscheinlich im Oktober erfolgen. Die Öffentlichkeit werde Zugang zu den Beständen des Zeitraums von 1891, dem Gründungsjahr der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, bis zum Jahre 1975 erhalten. Die Öffnung erstreckte sich auch auf die drei Archivsektoren Politbüro, Zentralkomitee und Sekretariat.

Hierzu nun heißt es in einem Kommentar Frau Damianovas vom 17. Oktober:

"Die Aussage von H.V. Metodiev (Radio Free Europe, August 92) ist freilich zu optimistisch, was sich auf die baldige Öffnung des Parteiarchivs bezieht. Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage ist nur eins der Hindernisse. Mitte Oktober wurde in der Kommission - doch noch nicht in der Volksversammlung - eine Vereinbarung über den Regierungsbeschluß Nr. 127 vom 4. Juli 1991 erreicht (der Beschluß, welcher die Verstaatlichung des Parteiarchivs vorsah und gegen welchen die BSP/BKP eine Klage eingereicht hatte).

Auch wenn der modifizierte Text von der Volksversammlung gebilligt sein sollte, bleibt die Frage offen, in welchem Zeitraum und auf welche Weise die Besitznahme seitens des Staatsarchivs verläuft. Nach den Worten von H.P. Kolev - Geschäftsführer und Stellvertreter des Direktors im Staatsarchiv - verfügt man zur Zeit nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, Fachleute und Räumlichkeiten, um das riesige Dokumentationsmaterial in den Zentralbeständen und den lokalen Abteilungen zu übernehmen, zu bearbeiten und den Zugang der Öffentlichkeit zu sichern. Das kann jahrelang dauern.

Das Parteiarchiv befindet sich immer noch im alten Parteihaus (alles als Eigentum der BKP konfisziert) und ist für die Forschung unzugänglich. Dokumente aus diesem Archiv stehen jetzt nur der staatlichen Anklagevertretung für die politischen Prozesse gegen ehemalige Mitglieder des Politbüros und der hohen Leitung der kommunistischen Partei zur Verfügung."

Mi

Kurzberichte und Hinweise

Neuzugänge des AdsD im Bereich Gewerkschaften. Im Jahre 1992 hat das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung einige neue Aktenbestände aus dem Bereich Gewerkschaften übernommen. Neben fortlaufenden Teillieferungen der Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) und Handel, Banken und Versicherungen (HBV) konnten kleinere Bestände der NGG-DDR, der Gewerkschaft HNG/FDGB Kreis Güstrow und der NGG Hamburg und Wuppertal übernommen werden. Hinzu kamen Akten der Internationalen Graphischen Föderation und des Internationalen Metallarbeiterbundes sowie die Archivalien des ÖTV-Bezirks Hamburg, Abteilung Seeschifffahrt. Darüber hinaus verfügt das Archiv über eine kleinere, in jüngster Zeit ständig wachsende Sammlung der CGT-Fédération Régionale des Mineurs des Cevennes (u.a. Bergarbeiterstreik 1980/81).

Hans-Holger Paul

Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes - überraschende Wendung. Entgegen begründeten Erwartungen, über die das Juli-Heft der "Mitteilungen" berichtet hat, ist die Abgabe des DGB-Archivs an die Friedrich-Ebert-Stiftung nun doch verhindert worden. Einen entsprechenden Beschluß faßte

werkschaften am Standort Berlin; Sicherung der Einheit von gedruckten und ungedruckten Quellen zur Gewerkschafts- und Sozialgeschichte seit dem 19. Jahrhundert; weiteren Erschließung der Bestände durch Kataloge, Verzeichnisse und andere Findhilfsmittel; Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die Öffentlichkeit; Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Gewerkschafts- und Sozialgeschichte.

Die notwendigen finanziellen Mittel sollen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen, darunter der öffentlichen Hand, aufgebracht werden. Die JSG erfüllt ihre Aufgaben in religiöser, weltanschaulicher, gewerkschafts- und parteipolitischer Unabhängigkeit unter Wahrung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Satzung, Paragraph 4). Mitglied kann jede natürliche Person und jede juristische Person sowie jede Gesellschaft und nicht rechtsfähige Organisation werden (Satzung, Paragraph 6). M.V.

Neuer Sitz der Leitung des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung (IzJ). Im August übersiedelten die Leitung des IzJ sowie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsbereichs nach Berlin-Pankow. Veranlassung für den Umzug aus der City gab, daß die Treuhandanstalt die bestehenden Mietverhältnisse im "Haus der Jugend", Unter den Linden 36 - 38, nicht anerkannte und den weiteren Verbleib vom Abschluß neuer Verträge mit drastisch erhöhten Mieten abhängig machte. Die Öffentlichkeitsarbeit des Instituts, insbesondere seines Spezialarchivs, blieb von dem Umzugsgeschehen unberührt. Nach wie vor empfangen die Archivare des IzJ in der Pankower Thulestraße 48 - 64 interessierte Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Neben den Akten des FDJ-Zentralrates können dank intensiver Erschließungsarbeiten immer neue Zeitdokumente, die 1990/91 vor der Vernichtung gerettet und sichergestellt wurden, zugänglich gemacht werden. Der Lesesaal ist täglich (außer freitags) von 9.00 bis 16.00 Uhr geöffnet.

Nicht ohne Konflikte verlaufen dem Vernehmen nach die bei Redaktionsschluß ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Übernahme des Archivs durch die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR".

Förderer des IzJ befürchten, daß mit der beharrlichen Verweigerung jeglicher öffentlicher Mittel für das Institutsarchiv - es wird z. Zt. mit Ausnahme der auslaufenden ABM-Förderung ausschließlich aus privaten Fonds finanziert - bei gleichzeitigem Fortbestehen einer den Mitarbeiterkreis "geradezu demütigenden ständigen Zwangsbeaufsichtigung durch das Bundesarchiv eine Drucksituation beabsichtigt ist, welche die Vertreter des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung in eine defensive Verhandlungsposition drängen könnte". H.G./Mi

Die "Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Bremen e.V." kann nach fünfjähriger Tätigkeit eine erfolgreiche Bilanz vorweisen. Neben einer Bibliothek im engeren Sinne besitzt die von einem gleichnamigen Förderverein getragene sowie vom Bremer Senator für Bildung und Wissenschaft unterstützte Institution in ihrer umfangreichen Sammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung auch einen größeren Bestand an Broschüren, Dokumenten und Materialien. Im Fonds der Originalbriefe befinden sich Schreiben z.B. von Rudolf Breitscheid, Ignaz Auer und Kurt Schumacher. Flugschriften und Flugblätter, Fotografien, Reliefs etc. gehören ebenfalls zum Bestand, in dem Nachlässe

- so vor allem der Nachlaß des früheren Bürgermeisters Willy Dehnkamp - den Grundstock der auf Bremen bezogenen Sammlung bilden.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DKP in Bremen und Bremerhaven wurden der Forschungs- und Bildungsstätte die einschlägigen Archive von Bremerhaven und der Kreisorganisation Bremen angeboten. Allein das Archiv der DKP Bremerhaven, zu dem auch Teile des Archivs der VVN gehören, umfaßt ca. 10 lfde Meter Akten. Die umfangreichen Materialien des Parteiarchivs Bremen mußte die Forschungs- und Bildungsstätte in einem Bunker des Staatsarchivs "zwischenlagern", da es bisher aus Gründen mangelnder Raum- und Personalkapazitäten unmöglich gewesen ist, eine erste Sichtung vorzunehmen.

Weitere Informationen: Inge MarBolek, Schule am Alten Postweg 302, W-2800 Bremen 1. I.M.

Mühsames Beginnen - "Archiv der Stuttgarter Arbeiterbewegung e.V." Seit gut einem Jahr besteht das "Archiv der Stuttgarter Arbeiterbewegung e.V.", erst jetzt aber kann mit der Realisierung der Aufgaben begonnen werden. Trägerorganisationen sind neben dem Kreisverband der "Naturfreunde", denen die Initiative zu verdanken ist und die auch den Grundstock der im Aufbau befindlichen Sammlung stellten, die Kreisverbände von DGB, SPD, AWO, DKP und VVN. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch Mittel der genannten Mitgliedsorganisationen und durch Spenden. Ein beim Kulturamt der Stadt beantragter Förderbeitrag ist abgelehnt worden, doch hat das kommunale Liegenschaftsamt für die erforderlichen Räume einen günstigen Mietpreis gewährt.

"Die Geschichte der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen vor dem Vergessen bewahren; Zeugnisse und Dokumente der Stuttgarter Arbeiterbewegung sammeln und archivieren; Ausstellungen veranstalten und Dokumentationen fördern oder herausgeben; historische und aktuelle Aspekte der Stuttgarter Arbeiterbewegung auf vielfältige Weise öffentlich machen; wissenschaftliche Arbeiten unterstützen" - auf diese ihre Ziele und Aufgaben hat die Vereinigung in einem Faltblatt aufmerksam gemacht. Das Echo war bisher "nicht überwältigend. Nur wenig Archivgut wurde erst angeboten". Einer breiteren Öffentlichkeit will sich das "Archiv" mit einer Publikation über die zahlreichen "Waldheime" vorstellen, die eine Besonderheit der Stuttgarter Arbeiterbewegung sind. Daneben ist bei den Mitgliedsorganisationen eine Bestandsaufnahme aller in Frage kommenden Materialien geplant, um sie für wissenschaftliche Arbeiten, für Ausstellungen oder Dokumentationen zur Verfügung stellen zu können.

Kontaktadresse: Carsten Kunkel, Rosenaustr. 37/2, W-7000 Stuttgart 50.

c.k.

Dokumentationsarchiv DOK CH WI. In Winterthur (Schweiz) entstand vor einigen Monaten ein Dokumentationsarchiv. Den unmittelbaren Anstoß zur Gründung gab der Film "Recht, nicht Rache", der die Lebensgeschichte Simon Wiesenthals erzählt. Gemeinsam mit dem Initiator der neuen Dokumentationseinrichtung, dem Schriftsteller Hans Brunner, befassen sich zwei Mitarbeiter mit den Themen: Entstehung des Nationalsozialismus 1900 bis 1933; Nationalsozialismus 1933 bis 1945; Zweiter Weltkrieg; Nachkriegszeit; Euthanasie; KZ-System; Rechtsradikalismus heute.

Das Archiv umfaßt mittlerweile rund 1.000 Bücher, Dokumente und Medientexte sowie unzählige Filme und Fotos. Zur regionalen Aufgabenstellung

gehört insbesondere die zeitgeschichtliche Unterrichtung von Schulklassen, doch werden auch außerhalb des schulischen Rahmens Interessenten mit Informationen versorgt. Das Netz der internationalen Kontakte erstreckt sich gegenwärtig bereits auf 100 Institutionen und Organisationen. Beim Aufbau von Gedenkstätten in den Niederlanden hat das Dokumentationsarchiv tatkräftig mitgewirkt. Ohne die weitere Förderung sowohl durch deutschsprachige Buch- und Video-Verlage als auch durch Einzelpersonen wäre der Tätigkeit des DOK CH WI die Grundlage entzogen. Das Archiv hofft daher nach wie vor auf Unterstützung jeglicher Art.

Weitere Informationen: Dokumentationsarchiv DOK CH WI, Postfach 14, CH-8407 Winterthur. H. Br./Mi

Das Historische Archiv der Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main, besteht seit über 20 Jahren. Es enthält hauptsächlich Material zur Geschichte der Mutterfirma, beginnend bei der Vorläuferin, der Frankfurter Metallhandelsfirma Ph. Abm. Cohen, mit Unterlagen aus dem Jahr 1856. Vom MG-Gründungsjahr 1881 an überlieferten mehr als 400 lfm. Akten, Protokolle, Geschäftsberichte und Korrespondenz die Geschichte des Unternehmens.

Ein bemerkenswerter, von der Forschung rege genutzter geschlossener Bestand unter dem Titel "Institut für Gemeinwohl (IfG)" birgt Unterlagen zu den sozialen Institutionen, die MG-Gründer Wilhelm Merton parallel zu seinen unternehmerischen Gründungen ins Leben rief - z.B. das IfG selbst, die Gesellschaft für soziale Reform, die Centrale für private Fürsorge, die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung etc. - und darüber hinaus wertvolle Informationen zur Geschichte der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften sowie der aus ihr hervorgegangenen Frankfurter Universität. Dieser Bestand ist reich an Material, das die Beziehungen des Frankfurter Wirtschaftsführers und Sozialreformers mit Arbeiterführern beleuchtet. Die Bestände werden bis jetzt noch über Karteien erschlossen, doch wird eine differenziertere Verzeichnung und Erschließung mittels der Datenbanksoftware "FAUST" derzeit in Angriff genommen.

"Dokumente und Schriften aus dem Historischen Archiv der Metallgesellschaft AG" heißt eine neue Publikationsreihe, deren erster Band nun erschienen ist. In dieser Edition sollen sowohl Archivmaterialien zu bestimmten Themen aufbereitet und präsentiert werden als auch Autoren mit Darstellungen firmengeschichtlichen Inhalts zu Wort kommen. Der erste Band mit dem Titel "Die Liefmann-Merton-Kontroverse" ist einer literarischen Auseinandersetzung gewidmet, die 1913 stattgefunden hat. MG-Gründer Wilhelm Merton widersprach in einem längeren Aufsatz den wirtschaftstheoretischen Ausführungen eines zeitgenössischen Ökonomen - Robert Liefmann -, der sich intensiv mit dem (damals noch sehr öffentlichkeitsscheuen) MG-Konzern beschäftigt hatte. Die Aufsätze beider Kontrahenten sind vollständig wiedergegeben; abschließend kommentiert MG-Jurist Dr. Harald Rieger die Positionen der beiden Kontrahenten aus gesellschaftsrechtlicher Sicht und stellt aktuelle Bezüge her.

Benutzungszeiten: Montag bis Freitag 9.00 - 17.30 Uhr nach Vereinbarung.
Weitere Auskünfte: Hannelore Becker-Heß MA, Historisches Archiv der Metallgesellschaft AG, Reuterweg 14, W-6000 Frankfurt/M 1; Tel.: (069)-159-2192; Fax: (069)159 - 2125. hbe

Ein Hilfsprogramm für die Sicherung, Erschließung und Erforschung der osteuropäischen Archive hat die Generalsekretärin des Europarates, Frau Catherine Lalumière, mit Schreiben vom 28. September angekündigt. Dies teilt die Internationale Initiative Kominternarchiv (IIK) in einer Verlautbarung von Anfang Oktober mit. Die besondere Aufmerksamkeit des Programms, das auf mehrere Jahre angelegt ist und 1993 einsetzen soll, gelte dem Kominternarchiv. Von Vertretern des Europarates sei die IIK "ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß im gegenwärtigen Verhandlungsstadium der schwierige Koordinierungsprozeß nicht durch unkoordinierte Einzelinitiativen gestört werden sollte, weil offensichtliche Widersprüche in der russischen Archivpolitik bei den administrativen und den wissenschaftlichen Fachgremien ohnehin Irritationen ausgelöst haben".

IIK - Mi

Vorwurf : 25 Millionen KPdSU-Akten vernichtet. Vor dem Verfassungsgericht in Moskau ist nach Presseberichten durch Rechtsanwalt Andrej Makarow am 13. Juli der Vorwurf erhoben worden, die KPdSU habe 1991 insgesamt 25 Millionen Akten vernichtet. Makarow berief sich in diesem Zusammenhang auf ein Dokument vom 29. März 1991, das Wladimir Iwaschko, der Stellvertreter des damaligen Generalsekretärs Gorbatschow, unterzeichnet habe. In dem Dokument sei auch die Anweisung erteilt worden, einen Teil der Materialien des Parteiarchivs "zu verlegen" und den Zugang zu anderen Archiven zu verwehren.

Gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax gab Iwaschko daraufhin die Erklärung ab, es seien "nur Papiere vernichtet worden", "die zur zeitweiligen Aufbewahrung im Parteiarchiv lagerten". Er warnte zugleich davor, Dokumente aus "Sonderordnern" vor Gericht zu verwenden, "weil viele nicht nur die Partei, sondern auch nationale Interessen berührten". Mi

NS-Kriegsverbrecher - CIA will Akten freigeben. Über einen Kurswechsel des US-amerikanischen Geheimdienstes Central Intelligence Agency berichtet ein Artikel Ralph Blumenthals in der New York Times vom 10. September: "C.I.A. Planning to Unlock Many Secret Files on Nazis". Wie es in dem Beitrag heißt, hat die Agency eine systematische Durchsicht ihrer Bestände mit der Zielsetzung begonnen, jahrzehntealte Verschlusssachen aus diesem Themenbereich für die historische Forschung zu öffnen. In die Freigabe sollen auch Akten über deutsche Wissenschaftler einbezogen werden, die in amerikanische Dienste übernommen wurden, obwohl sie in die Ausbeutung von Zwangsarbeit und in Experimente an Insassen von Konzentrationslagern verstrickt waren. Soweit noch Beschränkungen erforderlich seien, würden sie einzig vom Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit bestimmt. Der Aspekt, daß die Regierung durch eine Offenlegung in Schwierigkeiten geraten könnte, spiele demgegenüber keine Rolle. Als Aufbewahrungsort der freigegebenen Akten ist das Nationalarchiv vorgesehen. Mi

ACMOI - Vereinsgründung in Frankreich. Auf Initiative der französischen Historiker Stéphane Courtois, Claude Pénnetier und Michael Dreyfus wurde im Juni in Paris die "Association des chercheurs sur le mouvement ouvrier international" (ACMOI) gegründet. Zielsetzung des Vereins ist es, "den Zugang der Forscher zu allen Quellen der Sozialgeschichte und insbesondere der nationalen und internationalen Geschichte der Arbeiterbewegung zu erleichtern". Im Mittelpunkt des derzeitigen Interesses steht dabei

das Moskauer Kominternarchiv. Um den französischen Forschern dort die Wege zu ebnet, sollen Kontakte sowohl mit den zuständigen russischen Behörden als auch mit mehreren französischen Ministerien gepflegt werden, von denen sich ACMOI finanzielle Unterstützung für die geplante Zusammenarbeit mit russischen Wissenschaftlern erhofft. Gedacht ist nicht nur an den Austausch von Informationen, sondern auch an die Planung gemeinsamer Forschungsprojekte. - Auf Anregung des Vereins hat Dr. Kyrill Anderson, der Leiter des Moskauer "Russischen Zentrums", im Juli an der Universität Paris I über die gegenwärtige Lage der russischen Archive einen Vortrag gehalten. An den ersten Veranstaltungen der Association, von der Stéphane Courtois zum Vorsitzenden gewählt worden ist, haben sich ungefähr 30 Forscher beteiligt. Die nächste Generalversammlung findet am 9. November statt.

Anschrift: ACMOI bei BDIC (Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine), Campus universitaire, 92000 Nanterre. Bruno Groppo

MEGA-Arbeitsstelle Berlin - Niederlande finanzieren russische MEGA-Gruppe. Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) gehört zu den ca. 30 DDR-Langzeitprojekten, die in das deutsche Akademieprogramm übernommen wurden. Die nach dem Abschluß eines entsprechenden Rahmenvertrages mit der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) von der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften eingerichtete MEGA-Arbeitsstelle hat im Juni dieses Jahres ihre Tätigkeit begonnen. Die bewilligten 7 Editoren-Stellen wurden zunächst bis Ende 1993 besetzt; einige weitere Mitarbeiter konnten auf der Basis von Werkverträgen oder ähnlichen Regelungen beschäftigt werden. Kommissarischer Projektleiter ist Prof. Dr. Hans-Peter Harstick (Braunschweig). Die Arbeitsstelle hat ihren Sitz in Berlin im Gebäude der im Aufbau befindlichen Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Hausvogteiplatz 5-7. Ihre Hauptaufgabe ist zunächst die Fertigstellung von weit fortgeschrittenen Bänden. Mitarbeiter der Arbeitsstelle gehören der von der IMES eingesetzten Redaktionskommission an.

Auf Antrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam hat die niederländische Regierung über die Forschungsförderungsinstitution Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek (NWO) Mittel für 20 russische Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) bewilligt. Der Bewilligungszeitraum erstreckt sich zunächst auf zwei Jahre. JR - Mi

Aus dem Tagungsgeschehen

"23. Jahreskonferenz der IALHI". In Prag fand vom 27. bis 29. August die 23. Jahreskonferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI) statt. An der Beratung nahmen 42 Mitglieder aus über 30 Institutionen teil.

Auf der vorjährigen Konferenz war Prag als Tagungsort gewählt worden, da die IALHI dort ein ständiges Verbindungsbüro unterhält, das sowohl der gegenseitigen Information als auch der Koordination von Hilfsaktionen zwischen westlichen und östlichen Archiven und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung dienen soll. Unter dem Titel "Aktueller Stand der Literatur und Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und

der Sozialgeschichte in der Tschechoslowakei" wurde den Teilnehmern zur zentralen Thematik der diesjährigen Zusammenkunft ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitetes Material überreicht (siehe S. 41 des vorliegenden Heftes der "Mitteilungen"), das dann mündliche Beiträge von Vertretern tschechischer und slowakischer Archive, Bibliotheken sowie Museen ergänzten. Im Verlauf der Beratung wurde an die IALHI-Mitglieder appelliert, die materielle Situation einschlägiger Institutionen durch Spenden für die Bewahrung der Bestände zu verbessern. Über die Situation gefährdeter Sammlungen in Moskau berichtete Oleg Naumow vom Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, und aus Hamburg informierte Karl Heinz Roth über Schwierigkeiten der dortigen Stiftung für Sozialgeschichte.

Seitens des IISG wurde das neue Erfassungssystem dargestellt und erläutert, mit denen das Amsterdamer Institut auf EDV-Basis Literatur, Illustrationen, Fotografien u.a. Materialien alphabetisch und sachlich erschließt sowie für den Online-Betrieb aufbereitet. Vorgestellt wurde ferner von der Vertreterin der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine in Nanterre ein Index zur Klassifikation von Literatur für den Bereich Politik. Den Bericht über die Tätigkeit des letzten Jahres und den Finanzbericht erstattete IALHI-Sekretär Jaap Kloosterman. Als Ort der nächsten Jahrestagung wurde Kopenhagen vorgesehen.

Jürgen Stroech/ Sigrid Kleinschmidt

28. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH). "Geschlecht - Klasse - Ethnizität" lautete heuer der Titel der Linzer Konferenz, die vom 15. bis 18. September diesmal nicht nur Arbeiterhistoriker, sondern auch große Teile der ersten Garnitur Frauenhistorikerinnen an der gewohnten Tagungsstätte, dem Jägermayrhof, vereinte. Dominant waren eindeutig die feministischen Ansätze, ein echter Diskurs mit den traditionellen Positionen der Arbeiterbewegungsgeschichte wurde nur in Ansätzen geleistet, die Verständigungsprobleme waren zu groß. Dennoch war die Tagung, heuer exakter vorbereitet als in den vergangenen Jahren, durchaus wichtig und interessant, denn die Erweiterung der Perspektive um die Kategorie Geschlecht wird auch die Arbeitergeschichtsschreibung der nächsten Jahre bestimmen. Dies zeigten von den fünf Sektionen der diesjährigen Veranstaltung vor allem jene, die konkret Arbeitergeschichte mit feministischen Ansätzen betrafen, während die reinen Theoriedebatten nicht wirklich befriedigen konnten.

Für die nächsten Jahre sollen Vorbereitungsteams den Weg zu noch besser strukturierten Konferenzen weiter beschreiten helfen. 1993 wird die nationale Frage diskutiert, wobei vor allem die koreanische Situation und der Blick auf Südafrika wichtige Aspekte bringen sollten, ohne natürlich die europäischen Ereignisse aus der Diskussion auszuschließen. Für 1994 wird das Thema "Arbeitsmigration" vorbereitet, wobei hier wie auch beim Nationalismusthema im Vorbereitungsteam das Augenmerk ganz besonders auch den geschlechtsspezifischen Fragestellungen gilt. Die Neuwahlen des Vorstandes der ITH ergaben diesmal keine wesentlichen Änderungen. Der Schritt zur Verjüngung war ja bereits vor zwei Jahren vollzogen worden.

Helmut Konrad

Komintern-Forscher tagten in Amsterdam. Mehr als 50 Spezialisten der Komintern-Forschung aus über 30 Ländern folgten Anfang Oktober einer Einladung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) nach Amsterdam. Um "eine Art Bestandsaufnahme" in die Wege zu leiten, hatte das Institut zuvor eine einheitliche Fragenliste zu drei großen Themenkomplexen versandt: den zentralen Leitungsgremien der Kommunistischen Internationale (KI), ihren internationalen Hilfs- und Frontorganisationen sowie den Kommunistischen Parteien (Sektionen) der verschiedenen Länder. Das von Jürgen Rojahn koordinierte Projekt wurde nach dem übereinstimmenden Urteil mehrerer Teilnehmer der "Komintern-Konferenz" vom 1. bis 3. Oktober ein großer Erfolg. Die intensiv diskutierten Beiträge sind für den Herbst 1993 zur Veröffentlichung vorgesehen.

Am letzten Tag der Veranstaltung berichtete der Direktor des Russischen Zentrums für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte in Moskau, Kyrill Anderson, über den aktuellen Zustand des dort befindlichen, im Prinzip jetzt frei benutzbaren Archivs der Komintern und die sich aus der unzureichenden personellen und technischen Ausstattung des Zentrums ergebenden Probleme. In diesem Zusammenhang wies er besonders auf die seitens des IISG geleistete konkrete Unterstützung hin. Die Teilnehmer der Konferenz plädierten nachdrücklich für eine internationale Hilfsaktion.

JR - Mi

"Neuansätze in der Arbeiterbewegung und antifaschistisch-demokratische Reformen 1945/46: Tatsachen - Probleme - Grenzen", so lautete das Thema einer am 5. September in Berlin abgehaltenen Konferenz, die rund 100 Historiker, Zeitzeugen und andere geschichtlich wie auch politisch Interessierte zuzählen Teilnehmern zählte. Eingeladen hatten der im Januar 1992 in Berlin gegründete Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PdDS sowie die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal.

Das einleitende Referat von Hans-Joachim Krusch ging der Frage nach, ob die nach der Niederlage Hitlerdeutschlands angestrebte, im Westen vielfach eingeleitete, "aber nur im Osten verwirklichte antifaschistisch-demokratische Umwälzung von Anfang an ein historischer Irrweg oder aber die historisch notwendige gesellschaftliche Alternative zum finanzkapitalistischen Deutschland war, das zu Faschismus und Krieg geführt hatte". Mit zahlreichen Tatsachen belegt, zeigte der Referent, daß die Forderungen nach antifaschistischer Demokratie von vielen politischen und sozialen Kräften überall in Deutschland erhoben wurden. Die KPD stand dabei in der ersten Reihe.

Im Ringen um antifaschistische Demokratie mußten alte Vorstellungen über Bord geworfen und von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Liberalen, Christen, Intellektuellen und anderen Neuansätze gefunden werden. Das war oft schmerzhafter, von Irrtümern nicht freier Lernprozeß. Im Osten Deutschlands habe die antifaschistische Demokratie ihre Bewährungsprobe bestanden, im Westen hingegen sei sie auf Grund des politischen Kräfteverhältnisses unterlegen.

17 Diskussionsbeiträge vertieften und ergänzten diese Aussagen. Die Beiträge reichten von der Internationalität der antifaschistischen Demokratisierung über die Beleuchtung der Strategie einzelner Parteien und Organisationen bis zu persönlichen Erfahrungen in Ost und West und zu Erlebnissen bei der Vorbereitung auf sie in Kriegsgefangenenlagern der So-

wjetunion. - Die Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal hat es übernommen, alle Materialien der Konferenz zu veröffentlichen. Lothar Berthold - Mi

DDR-Akten und Quellenkritik. Am 18. September veranstaltete die Sektion Geschichte der Arbeiterbewegung der Historischen Kommission zu Berlin gemeinsam mit dem Unabhängigen Historikerverband eine Arbeitstagung, in deren Rahmen Archivaren und Geschichtswissenschaftlern die Möglichkeit gegeben wurde, eine Bestandsaufnahme der Akten verschiedener Provenienzen zur Geschichte der DDR vorzunehmen. In der ersten Gesprächsrunde, die die SED-Akten zum Gegenstand hatte, referierte zunächst Stefan Wolle über das Verhältnis zwischen dem Aufbau des Machtapparates und der Aktenüberlieferung der Partei und gelangte zu der These, daß aufgrund der pyramidenartigen Herrschaftsstruktur die "Dichte der Überlieferung an der Basis" den "besten Aussagewert" für den Historiker gewährleiste. Während die Bestände für den Bereich Politbüro "sehr dürr" seien, spiegele sich das "reale Leben" desto unverfälschter wider, je tiefer man zur Basis der Parteihierarchie gelange. Umgekehrt mache sich die "Spaltung der Welt in ein Zwiedenken zwischen Realität und Ideologie" in Richtung der Spitze immer stärker bemerkbar.

Die Archivarin Elke Warning gab einen Überblick über die Bestände des Zentralen Parteiarchivs und wies besonders auf die mannigfaltigen Probleme hin, die sich aus der unzureichenden Personalsituation ergeben. In der Diskussion betonte Daniel Küchenmeister, daß auch bei spezifischen Arbeiten zur Parteiengeschichte keinesfalls die Bestände des Zentralen Parteiarchivs zur ausschließlichen Quellengrundlage gemacht werden dürften. Gerade die Parteiführung habe sich häufig über Richtlinien zur Aktenrückgabe hinweggesetzt - wie Simone Walther am Beispiel Hermann Axen illustrierte - und wichtige Akten jahrelang im privaten Panzerschrank aufbewahrt. Auch erschlossen sich kryptisch anmutende Chiffren wie "auf zentrale Weisung" oft nicht ohne weiteres; in der Diktion der Partei wies diese Redewendung auf persönliche Absprachen zwischen Erich Honecker und Erich Mielke hin.

Gegenstand des zweiten Tagungsabschnittes waren die staatlichen Akten der DDR. Ulrich Geyer, Archivar im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, berichtete über die Akten des zentralen Staatsapparats. Grundsätzlich zeichnete auch er ein Bild der Situation, das die erheblichen Mängel bei der Übergabepaxis in den Ministerien verdeutlichte. Sowohl in den Verwaltungsarchiven als auch in den - wenig genutzten - Endarchiven konnte in der Regel von ordnungsgemäßer Archivierung keine Rede sein. Aktenvernichtungen während des Zerfallsprozesses der DDR verschärften die Probleme noch zusätzlich.

Jochen Laufer beschrieb die Archivsituation in Moskau hinsichtlich der Überlieferung zur Geschichte der sowjetischen Deutschlandpolitik von 1945-1949. Zwar sei die Aktenführungspraxis beispielsweise im Außenministerium von hoher Qualität, aber fehlende Findhilfsmittel, willkürliche Zugangsbedingungen und schlechte Arbeitsmöglichkeiten behinderten die Forschung erheblich. Kasimierz Wajda wies darauf hin, daß die Akten der polnischen Militärmission in Berlin, die im Warschauer Außenministerium lagern, einen wichtigen Bestand zur Geschichte der Besatzungspolitik der UdSSR darstellten.

Die Akten von Massenorganisationen der DDR bereiten der Fachwelt ähnliche Probleme wie die des Partei- und Staatsapparates. Heinrich Volkmann be-

stätigte, daß auch die Überlieferung des FDGB unvollständig sei; generell wurde hervorgehoben, daß die Stellung des Gewerkschaftsbundes in der DDR eine sehr untergeordnete gewesen war. Für Entscheidungsprozesse auf hoher Ebene gelte dies im besonderen. - Nach Michael Buddrus, der sich zu den umfangreichen Beständen des Archivs der FDJ äußerte, behandelte ein ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Wanja Abramowski, die heikle Problematik der Akten der Staatssicherheit. Abramowski beschrieb immanente Mängel des Überwachungssystems und stellte sich dem Mythos von der zweifelsfreien Beweis- und Aussagekraft der Personenakten des MfS entgegen. So ist nach Abramowskis Auffassung davon auszugehen, daß ein Teil der Stasi-Akten eher der Phantasie der Mitarbeiter zu verdanken sei, denn tatsächlichen Beobachtungen. Der Bürgerrechtler Matthias Wagner warnte vor "übertriebener Euphorie" bezüglich der Aussagekraft der MfS-Akten: "'Stasi-Akten'dokumentieren in erster Linie die Entwicklung des MfS - eines zweifellos wichtigen Teils der DDR-Geschichte, aber nicht die DDR-Geschichte im ganzen."

Interessant gestaltete sich die Aussprache über den Themenbereich der Unternehmenakten in der ehemaligen DDR. Rainer Karlsch und Renate Schwärzel hielten eindrucksvolle Plädoyers zur Rettung bedrohter Bestände. Gerade Betriebsarchive bedeuten für die Unternehmen einen "Luxus", auf den in der momentanen Situation in den neuen Bundesländern häufig verzichtet werde. Eine bessere Koordinierung von "Rettungsaktionen" und eine Verdeutlichung des Stellenwertes der Betriebsarchive für die Forschung wären notwendig, um bestehende Initiativen zu verstärken und auszudehnen.

Armin Mitter vermittelte anhand von Akten unterschiedlicher Provenienz neue Einsichten zur Geschichte des 17. Juni 1953. Nachdem schon vor einiger Zeit die politische Motivation des Aufstandes stärker ins Blickfeld gerückt worden war, konnte nun ein Eindruck der *allgemeinen* Unzufriedenheit mit dem politischen System im Vorfeld der Ereignisse vermittelt werden. Besonders erwähnenswert ist die Tatsache, daß es der Staatssicherheit nicht möglich war, die Machinationen der "faschistischen Hintermänner" zu beweisen, weil die "Rädelsführer" nur in den Vorstellungen der Staatsführung existent waren.

Unter allgemeineren Aspekten scheinen insbesondere zwei Resultate der Tagung hervorhebenswert: Die durch Problembewußtsein ebenso wie durch wohlthuende Sachlichkeit gekennzeichneten Debatten vermochten einerseits, die Fruchtbarkeit des Gesprächs zwischen Historikern und Archivaren deutlich zu machen und den Wunsch nach Fortsetzung des Dialogs zu verstärken.

Des weiteren konnten in der kooperativen Atmosphäre auch Barrieren des Verständnisses zwischen Ost und West überwunden werden. Peter Lösche, einer der Mitveranstalter, gab abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß mit der Tagung ein Beitrag zur Objektivierung der Geschichtsschreibung über die DDR geleistet worden sei.

Thomas Franz

Veranstaltungskalender

November

Rote Kapelle. Ein Portrait der Widerstandsgruppe in Fotografien und Selbstzeugnissen. Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Stauffenbergstr. 13-14, W-1000 Berlin 30. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 9-18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 9-13 Uhr; Führungen nach telef. Anmeldung unter (030) 2604 - 2202; noch bis 28. Februar 1993.

Friedrich Ebert - Sohn des ersten Reichspräsidenten. Vortragsveranstaltung des Vereins Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e.V. am 3.11. um 19.30 Uhr in den Räumen der Paetec-Gesellschaft für Bildung und Technik mbH, O - 1193 Berlin, Hoffmannstr. 1-5 (Nähe Treptower Park). Referenten: Prof. Georg Ebert, Thomas Friedrich. - Anfragen, auch zu den weiteren Vortragsveranstaltungen des Vereins: Thomas Friedrich, Landsberger Allee 183, O-1156 Berlin; Tel.: (030) 9721871.

Marx und Engels über russische Diplomatie und Panslawismus vor 1861. Colloquium der Historischen Kommission zu Berlin am 4.11., 16 Uhr. Referent: Dr. Hanno Strauß. Kirchweg 33 ("Der Mittelhof"), W - 1000 Berlin 38 (Nikolassee).

"50 Jahre danach - Die 'Rote Kapelle' in neuer Sicht". Tagung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand vom 5. bis 7. 11. in Berlin. - 5. 11. Podiumsdiskussion mit Elfriede Brüning, Jürgen Engert, Stephan Hermlin, Stefan Heym; Moderation: Dr. Peter Jochen Winters. - 6. und 7.11. Beiträge von Dr. Jürgen Danyel, Dr. Jan Foitzik, Dr. Hartmut Mehringer, Dr. Juri N. Zorja, Dr. Hans Coppi, Shareen Blair Brysac, Ludger M. Hermanns, Kurt Schilde, Prof. Dr. Heinrich Scheel, Dr. Karlheinz Barck, Dr. Marlies Coburger, Dr. Johannes Tuchel, Norbert Haase, Dr. Beatrix Herlemann. - 7.11. Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Kurt Finker, Prof. Dr. Hans Mommsen, Prof. Dr. Heinrich Scheel, Prof. Dr. Peter Steinbach; Gesprächsleitung: Prof. Dr. Jürgen Kocka. - Informationen: Gudrun Laue M.A., Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14, W-1000 Berlin 30;

Tel.: (030) 2604-2202; Fax: (030) 2604-2230.

Über den Charakter der Oktoberrevolution. Podiumsgespräch zum 75. Jahrestag, veranstaltet vom Verein Kontakte am 6.11. um 18 Uhr im Haus der Evangelischen Akademie (Haus der Kirche), Goethestraße 27-30, W-1000 Berlin 12 (Charlottenburg).

Berlin 1932 - das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Tagung der Hochschule der Künste (HdK) am 6. und 7. 11. - Referate von Günter Reimann, Prof. Dr. Heinrich A. Winkler, Henrick Stahr, Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, Prof. Dr. Diethart Krebs, Klaus Rainer Röhl, Prof. Dr. Richard Albrecht. - Anmeldung abgeschlossen; Informationen: Henrick Stahr, HdK, Fachbereich 11, Lietzenburger Str. 45, W-1000 Berlin 30; Tel.: (030)3185-0.

"Unter den Talaren ..." Studentebewegung und Sozialdemokratie bis 1968. Vortrag - mit Gelegenheit zur Diskussion - vor dem "Gesprächskreis Geschichte" der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12.11. um 17 Uhr. Referent: Dr. Willy Albrecht. Godesberger Allee 149 (Konferenzsaal II), W-5300 Bonn 2. Auskünfte: Dr. Dieter Dowe, ebd.; Tel.: (0228) 883473 - 475; Fax: (0228) 883497.

Arbeiter in Berlin-Stralau 1890 - 1914. Veranstaltung des Berliner Gesprächskreises Arbeiterbewegung am 12.11., 18 Uhr. Referent: Dr. Peter Franke. Historische Kommission zu Berlin, Anschrift siehe oben.

Paris und Berlin in der Revolution 1848. Tagung im Hôtel de Ville,

Paris, vom 23. bis 25.11. Veranstalter: Stadt Paris, Historische Kommission zu Berlin (verantwortlich: Prof. Dr. Ilja Mieck), Deutsches Historisches Institut, Paris. Beiträge von Prof. Dr. Jean Tulard, Prof. Dr. Ursula E. Koch, Dr. Robert Fleck, Prof. Dr. Wolfram Siemann, Ulrike Spree, Dr. Rüdiger Hartmann, Dr. Heidrun Homburg, Prof. Dr. Pierre-Paul Sague, Dr. Andreas Wirsching, Prof. Dr. Heinrich Best, Dr. Michael Werner, Prof. Dr. Ilja Mieck, Dr. Dominique Bourel, Prof. Dr. Wolfgang Ribbe, Dr. Wilhelm Kreutz, Prof. Dr. René Pillorget, Prof. Dr. Thomas Gaetgens, Dr. Marie-Claude Chaudonneret. Informationen: Historische Kommission zu Berlin (Anschrift siehe oben), Tel.: (030) 816001-0, Dr. Jürgen Schmädeke.

Auf der Woge des Zeitgeistes? Die SPD seit den sechziger Jahren. Vortrag vor dem "Gesprächskreis Geschichte" der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26.11. um 17 Uhr. Referentin: Dr. Beatrix Wrede-Bouvier.

Veranstaltungsort siehe oben.

Dezember

Perspektiven einer Arbeitergeschichtsschreibung. Colloquium der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts am 2.12., 19.30 Uhr. Referenten: Dr. Klaus Weinbauer und Dr. Thomas Welskopp. Schanzenstr. 75 - 77, W-2000 Hamburg 36.

Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Workshop des Vereins Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. sowie der Historischen Kommission beim Parteivorstand der

PDS am 5.12. von 10 bis 17 Uhr. Rigaer Str. 27, 0 - 1035 Berlin (Nähe U-Bahnhof Rathaus Friedrichshain oder Samariterstr.). Auskünfte: Dr. Mario Keßler, Wartinert Str. 14/0101, 0-1090 Berlin.

Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Vortrag vor dem "Gesprächskreis Geschichte" der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10. 12. um 17 Uhr. Referent: Dr. Patrick von zur Mühlen. Veranstaltungsort siehe unter November.

Deutschland im kalten Krieg. Die Anfänge. Forschungstagung der bei der Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal tätigen Arbeitsgemeinschaft Geschichtsforschung in Verbindung mit dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS am 12. und 13.12. in W-5600 Wuppertal 1, Gathe 55 - 57; telef. Auskünfte: (0202) 456504.

1993

Januar

Rückblick auf einen Weltkonflikt. - Die Entstehung und der Verlauf des Ost-West-Konflikts. Vortragsveranstaltung des Vereins Biographische Forschungen... am 2.1. um 19.30 Uhr. Referent: Dr. Horst Riedel. Ort und Kontaktadresse: Siehe unter November 1992.

Eine Familie in der DDR durch 40 Jahre. Ausstellung des dänischen Arbeitermuseums vom 5.1. bis 15.4. - Auskünfte: Arbejdermuseet, Anne-Lise Walsted, Romersgade 22, DK-1362 Kobenhavn K.

Ausgrenzung statt Integration der DDR-Historiographie. Colloquium der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte... am 20.1. um 19.30 Uhr. Referent: Dr. Werner Röhr. Veranstaltungsort siehe unter Dezember.

Gustav Bauer, ein undemokratischer Demokrat? Veranstaltung des Berliner Gesprächskreises Arbeiterbewegung am 21.1. um 18 Uhr. Referent: Dr. Karl Ludwig Rintelen. Veranstalter und Ort siehe unter November 1992.

Februar

Internierungslager in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR. Vortragsveranstaltung des Vereins Biographische Forschungen... am 2.2. um 19.30 Uhr. Referenten: Dr. Lutz Prieß, Peter Erler. Ort und Kontaktadresse: Siehe unter November 1992.

Politische und sozial-historische Topographie der Berliner Verwaltungsbezirke i. d. 20er Jahren. Veranstaltung des Berliner Gesprächskreises Arbeiterbewegung am 11.2. um 18 Uhr. - Referentin: Dr. Bärbel Holtz. Veranstalter und Ort siehe unter November 1992.

OMGUS - Siemens Report. Colloquium der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte ... am 17.2. um 19.30 Uhr. Referent: Dr. Karl Heinz Roth. Veranstaltungsort siehe unter Dezember.

*

Ringvorlesung Stalinismus. Konzipiert von Prof. Dr. Klaus Meyer und Prof. Dr. Klaus D. Seemann, findet am Osteuropa-Institut der Freien

Universität Berlin (Garystr. 55, W-1000 Berlin 33 <Dahlem>) seit dem 14. Oktober jeweils am Mittwoch ab 18 Uhr c.t. eine "Ringvorlesung Stalinismus" statt. Themen vom 4. November bis zum Ende des Wintersemesters (10. Februar): Dr. K. Mänicke-Gyöngy: Stalinistische Industrialisierung - ein Weg zur Moderne? - Prof. Dr. M. Prucha: Stalinismus und die Philosophie. - Prof. Dr. H. Sundhausen: St. und die St.-Debatte in Jugoslawien. - Dr. M. Hausleitner-Funk: Wann endete der St. in Rumänien (1952, 1965 oder 1989?). - Prof. Dr. K. Meyer: Der St. als historisches Phänomen. - Prof. Dr. H. Olschowsky: Aspekte des St. in der Kultur der DDR. - Prof. Dr. Hans-J. Torke: St. und die Geschichte - Der St. in der Historiographie. - Prof. Dr. N. Reiter: St. und Sprachwissenschaft. - Prof. Dr. H. Roggemann: St. und Recht.- N.N.: St. in Bulgarien. - Prof. Dr. Witold Kośny: Zur Neuauflage der Debatte um St. und Literatur in Polen.

Ausblick

Juni 1993

Die Komintern in der Geschichte des XX. Jahrhunderts. Internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau. Veranstalter: Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam), Feltrinelli-Fonds (Mailand), Association des chercheurs sur le mouvement ouvrier international

(Paris). Themenbereiche: Die Komintern und die Idee der Weltrevolution; - und der Faschismus; - und der Zweite Weltkrieg; - und der Stalinismus (Struktur, Kader, Repressionen); - und der Osten; - und die Sozialistische Internationale; - und die Außenpolitik der UdSSR; Geschichte und Perspektiven des Kominternarchivs. - Registrierungsbeitrag für ausländische Teilnehmer US-Dollar 200,-; Hotelunterkünfte werden ausländischen Teilnehmern beschafft. Teilnahme-wünsche (offizieller Anmeldeschluß : 30. Oktober) unter Angabe des geplanten Beitrags an das Organisationskomitee: 103821, Russische

Föderation, Moskau, Puschkinskaja 15, RCCHIDNI. Im Falle der Einladung wird der Text des Beitrags (Umfang höchstens 12 Seiten) bis 30. Dezember 1992 erwartet.

Ca. 1995

Eine Walter Crane-Ausstellung plant für etwa 1995 das dänische Arbeitermuseum. Eines der Themen soll Cranes internationale Ausstrahlung sein. Hierzu sucht das Museum noch Hinweise, vor allem zur Verwendung der Illustrationen Cranes in der Arbeiterpresse. Siehe die Anschrift unter Januar 1993.

Fachliteratur

Nikliček, Ladislav; Šisler, Stanislav: Aktueller Stand der Literatur und Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Sozialgeschichte in der Tschechoslowakei / Friedrich-Ebert-Stiftung. - Prag ; <Bonn>, 1992. - II, 143 S.

Die politischen Umwälzungen der letzten Jahre in der Tschechoslowakei haben im Archiv-, Bibliotheks- und Museumswesen des Landes einschneidende Veränderungen bewirkt. Alte Eigentums- und Unterstellungsverhältnisse wurden aufgehoben, manche Sammlungen aufgelöst, selbst Adressen änderten sich. Da ist es für den interessierten Forscher umso wichtiger, aktuelle Informationen darüber zu erhalten, wo er Quellen für seine wissenschaftliche Arbeit findet.

Die von Ladislav Nikliček und Stanislav Šisler erarbeitete Übersicht wendet sich an die Historiker der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung und Sozi-

algeschichte. Weit über den im Titel versprochenen Inhalt hinaus vermittelt die Darstellung neben dem aktuellen Stand auch Einblicke in die Geschichte des Archiv-, Bibliotheks- und Museumswesens in den tschechischen und slowakischen Gebieten.

Vorangestellt ist eine Einleitung (Nikliček) mit einem gedrängten Überblick der Historiographie zur Sozialgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei, in der sich der Autor auch kritisch mit den Leistungen der Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und 1989 auseinandersetzt. In dem Abschnitt "Bibliotheken, Museen und Denkmale" (Nikliček) wird der Leser über Struktur und historische Entwicklung des Bibliotheksnetzes in der Tschechoslowakei informiert, ehe ausführliche Darlegungen zum gegenwärtigen Stand folgen, die auch das Schicksal einzelner Bibliotheken einschließen. Eine analoge Darstellung zum Museumswesen schließt sich an.

Der Teil "Archive" wurde von Stanislav Šisler erarbeitet. Auch er beginnt mit einer Darstellung der Entwicklung des Archivwesens der Tschechoslowakei von 1918 bis zur Gegenwart und kommt dann zu dem heutigen Zustand, dem Bestand, der Unterbringung und der personellen und technischen Ausstattung einzelner Archive.

Mit einer Fülle von Literaturhinweisen, mit der Bewertung von Beständen und Veröffentlichungen ist dieses Material ein unerlässliches Hilfsmittel für alle, die heute die Geschichte der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung studieren wollen. Leider entspricht die äußere Form - nur durch eine Drahtheftung zusammengehaltene lose Blätter - nicht diesem Informationswert.

Daneben war es offensichtlich die Absicht der Verfasser, Alarmsignale zu setzen. Übereinstimmend für Archive, Bibliotheken und Museen kommen die Autoren zu dem Schluß, daß der Zustand der Gebäude, die Unterbringung der Bestände und die technische Ausrüstung häufig in einem katastrophalen Zustand sind, der nur mit raschen Entscheidungen und umfangreichen finanziellen Mitteln zu beheben ist.

Fünf Beilagen tragen zu dem hohen Informationswert der Veröffentlichung bei:

- Adreßbuch der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Tschechischen Republik,
- Adreßbuch der Museen, Galerien und Denkmale in der Tschechischen Republik,
- Adreßbuch der Archivverwaltung und der Staats-, Stadt-, Bezirks- und Sonderarchive in der Tschechischen Republik,
- Adreßbuch der Archivverwaltung und der Staats-, Stadt- und

Sonderarchive in der Slowakischen Republik und

- Stiftung der Archive und historischer Bibliotheken der böhmischen Kronländer - eine informative Darstellung.

Ein Nachschlagematerial über slowakische Bibliotheken und Museen fehlt leider.

Es ist eine nicht hoch genug zu würdigende Leistung der Autoren, diese informative Übersicht in deutscher Sprache verfaßt zu haben. Allerdings hätte eine redaktionelle Überarbeitung durch die herausgebende Stiftung manche sprachliche Unebenheit glätten und mißverständliche Formulierungen ausschließen können.

Heinrich Sommer

Archiv 1991: Jahrbuch d. Vereins für Geschichte d. Arbeiterbewegung. - 7. Jahrgang. - Wien, 1991. - 225 S.

Im November 1990 fand in Wien ein vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) und dem österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ausgerichtetes internationales Symposium statt, dessen Gegenstand stalinistische Strukturen und Unterdrückungsmechanismen in einigen Ländern Ost- und Mitteleuropas sowie in kommunistischen Parteien Westeuropas waren. Die Beiträge auf dieser Tagung liegen nun in zwei inhaltlich identischen Ausgaben vor: zum einen in dem Sammelband "Ich habe den Tod verdient": *Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945 - 1956* / Wolfgang Maderthaner ; Hans Schafranek ; Berthold Unfried (Hg.) - Wien : Verl. für Gesellschaftskritik, 1991. - 223 S.; zum anderen in dem hier anzuzei-

genden Jahrbuch-Band, in dem lediglich das Autorenverzeichnis der erstgenannten Publikation gegen das Protokoll der Generalversammlung des VCA vom 9. April 1991 ausgetauscht wurde.

Inhaltlich gruppieren sich die Beiträge um zwei Themen: a) die Schauprozesse und Säuberungen in Mittel- und Osteuropa und b) den Einfluß des Stalinismus auf kommunistische Parteien Westeuropas. Nach einer Einleitung der Herausgeber, die die Repressivfunktion der Schauprozesse deutlich macht, eröffnet Georg Hermann Hodos mit einer Übersichtsdarstellung den ersten Themenkomplex. Seine Darlegungen beschränken sich auf die Fälle, in denen Kommunisten Opfer von Kommunisten wurden. Ausgespart als Sonderfälle bleiben analoge Vorgänge in Jugoslawien und der Sowjetunion. Besonderen Wert legt der Autor auf die Darstellung der internationalen Zusammenhänge und die Moskauer Regie der Prozesse. Die anschließenden Beiträge stellen Schauprozesse in einzelnen Ländern dar. So berichtet Lazar Brankov als einziger Überlebender der im Rajk-Prozeß Angeklagten über das Zustandekommen des Prozesses und persönliche Erlebnisse. Karel Kaplan weist in seiner Analyse der Vorgänge in der Tschechoslowakei nach, daß die "Massenungesetzlichkeit" und politische Prozesse Voraussetzungen für die Formierung des neuen Systems, den Übergang von der Demokratie zur Diktatur waren. Als ideologische Begründung diente die Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus.

Äußerst komplizierte politische Entwicklungen schildert Stefano Bianchini in seinem Beitrag über

Säuberungen und politische Prozesse in Jugoslawien. Die Repressivmaßnahmen reichten hier von Prozessen gegen ehemalige Gefangene in faschistischen Konzentrationslagern bis zur Verfolgung von Gegnern der gesellschaftlichen Entwicklung in Jugoslawien und stalintreuen Kominformanhängern. Jan Foitzik sieht die Verfolgungen von Kommunisten in Polen durch Gleichgesinnte nach 1944 in der Tradition der Repressivmaßnahmen gegen die KPP durch die Kommunistische Internationale vor dem II. Weltkrieg und der Verhaftung exilierter polnischer Kommunisten in der Sowjetunion. Er stellt vor allem den Massenterror 1944 bis 1948 und die Parteisäuberungen 1947 bis 1954 dar und hebt dabei die Rolle Bieruts hervor. Mit dem Fall Patrascanu ergänzt Keith Higgins die Diskussion durch ein Beispiel für die politischen Verfolgungen in Rumänien. "Politische Säuberungen und die Vorbereitung eines Schauprozesses in der DDR 1948 bis 1956" untersucht Hermann Weber. Ausgehend von einer detaillierten Definition des Stalinismus legt er dar, daß ungeachtet einiger Besonderheiten (sowjetisches Besatzungsregime, geteiltes Deutschland) Wesenszüge des stalinistischen Systems auch auf die DDR übertragen wurden. Opfer der Säuberungen waren nach den Sozialdemokraten bald auch Kommunisten. Eine Ergänzung dazu bietet der Beitrag von Wilfriede Otto "Zur stalinistischen Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre", der die Umformung der SED zu einer Partei neuen Typus seit 1948 und die sich daran anschließenden Repressivmaßnahmen bis etwa 1953 zum Gegenstand hat.

In einem zweiten thematischen Komplex werden Auswirkungen des Stalinismus auf einige westeuropäische kommunistische Parteien untersucht. Zwar konnte es hier nicht zu Schauprozessen kommen, aber die Ausgrenzung und Unterdrückung oppositioneller Kräfte hatte durchaus ähnlichen Charakter wie die Repressivmaßnahmen in den Parteien Osteuropas. Das belegen Ulrich Heyden am Beispiel von "Säuberungen in der KPD 1948 bis 1951" und Reiner Tossdorf an parallelen Vorgängen in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Spaniens. Ergänzung finden diese Darstellungen durch Georg Scheurers Bericht über die "Stalinismusrezeption in Frankreich 1948 bis 1956", in dem er den gesellschaftlichen Stimmungswandel in der französischen Öffentlichkeit darlegt, und durch Fritz Kellers Vortrag zur Haltung der KPÖ gegenüber den Schauprozessen in Osteuropa. Die Übernahme der Kominformposition gegen Jugoslawien durch das Politische Sekretariat der KPÖ führte nicht nur zu Attacken gegen die KPJ und die Rechtfertigung der Schauprozesse, sondern auch zu Säuberungen in den eigenen Reihen. Natürlich ist die Stalinismusdiskussion seit dem Symposium im November 1990 weiter vorangeschritten, dennoch sind die in diesem Band zusammengetragenen Fakten und politischen Positionen ein wichtiger Beitrag bei der Klärung dieses historischen Phänomens.

Heinrich Sommer

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből : évkönyv. - <Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung : Jahrbuch>. - 1991. - Budapest : Po-

litikatörténeti Intézet, 1991. - 359 S.

Den Schwerpunkt des vorliegenden Bandes des Jahrbuchs bilden die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie die Reaktionen der Linken auf den Umwälzungsprozeß seit 1989. Mehrere Studien und Beiträge behandeln sowohl die Gründe für die weltweite Krise der Linken und die Folgen, die sich aus der strukturellen Umordnung des Weltsystems ergeben, als auch die Suche der Linken nach Wegen zu ihrer Erneuerung (I. Marton/ I. Harsányi: "Wende im Weltsystem", I. Mészáros: "Die beschleunigte Geschichte", Auszüge aus Artikeln von A.K. Konecky, R. Anderson, J. Vogel u.a.). Weitere Beiträge beschäftigen sich speziell mit der deutschen Einheit und mit Alternativen und Problemen der deutschen Sozialdemokratie (B. Webb, W. Buschak, H. Potthoff, M. Sylvers).

Eine Vielzahl von Artikeln sind - der Konzeption des Jahrbuchs entsprechend - Ereignissen und Daten gewidmet, deren Jahrestage für die internationale Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung sind. Ja.A. Kravčenko analysiert in ihrer Studie die soziale Umgestaltung und den politischen Kampf in Frankreich 1981-1982 nach dem Wahlsieg der linken Einheitsregierung. Das Jahr 1891 bietet den Anlaß für Untersuchungen über das Erstarken der II. Internationale und der sozialistischen Bewegung, das am Beispiel des Brüsseler Kongresses der II. Internationale 1891, der Entwicklung der dänischen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbewegung und der Geschichte des 1. Mai in der

Schweiz von 1890-1981 dargelegt wird (J. Jemnitz, G. Callesen, M. Vuilleumier). Das dritte Jahr des Ersten Weltkrieges steht im Mittelpunkt eines Artikels über die Kienthaler Konferenz (S. Vadász) und von Auszügen aus Briefen deutscher Sozialisten (R. Luxemburg, K. Liebknecht, F. Mehring u.a.) sowie aus anderen Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung aus dem Jahr 1916.

Anlässlich des 200. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte werden in dem Band mit Auszügen aus verschiedenen Materialien sozialistische Interpretationen der Menschenrechte dokumentiert. Sie reichen von 1866 bis 1990, vom Genfer Kongreß der I. Internationale bis zu Reaktionen auf den Golf-Krieg, von Aussagen Jean Jaurès' bis zu Stellungnahmen Oskar Lafontaines. Weitere Artikel beleuchten als "Hintergrund"-Beiträge die Parteitage der Italienischen Kommunistischen Partei 1991 (J. Horváth) und der britischen Labour Party 1990 (P. Harvas), die Politik M. Gorbatschows (R. Medvedev), den sowjetischen Bergarbeiterstreik und seine Folgen (Th. Friedgut, L. Siegelbaum), die Neue Eruopa-Charta (Sz. Borbély) und das Programm der Finnischen Sozialdemokratischen Partei von 1903 (J. Gombos). In der Rubrik "Aus der Geschichte der Arbeiter- und sozialistischen Presse" werden die Blätter "Gleichheit", "Vorbote", "Letopisz" und "Syndicats" vorgestellt. "Ereignisse - Jahrestage" widmet sich dem Cordeliers Klub, dem Beveridge-Report und der polnischen Krise 1970/71. Biographische Skizzen und Nekrologe würdigen 27 Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung. Der Rückblick auf die politischen

Veränderungen und die Arbeiterbewegung wird für den Zeitraum Juni 1989 bis 1990 fortgeführt.

Die abschließenden Beiträge dieses Jahresbandes, E. Hobsbawms Studie über die Zukunft des Sozialismus ("Auferstehend aus der Asche") sowie die kritischen Gegenargumente von J. Jemnitz und E. Niederhauser sind auch in englischer Sprache abgedruckt und damit einem breiteren Leserkreis zugänglich. Dagmar Goldbeck

saothar <Arbeit> : Journal of the Irish Labour History Society (ILHS) / hg. von Francis Devine u. Emmet O'Connor. - Dublin. - (1991)16. - 160 S.

<Erhältlich c/o Dr. Emmet O'Connor, Irish Labour History Society, Department of Politics, Magee College, University of Ulster, Derry/Nordirland. Abonnement 10 irische Pfund pro Jahr, Umfang der Zeitschrift ca. 160 S., 1 x jährlich.>

"saothar" (sprich: Bäher) wird herausgegeben von der 1973 gegründeten ILHS, die längst zur unentbehrlichen Institution wurde und seit 1990 endlich über eigene Räume mit Museum, Bibliothek und im Aufbau befindlichem Archiv verfügt. Die ambitionierte Zeitschrift wird bis heute ihrem hohen Anspruch gerecht, ohne ihre Brückenfunktion zwischen Akademikern und Aktivisten der Arbeiterbewegung aufzugeben. Ihre Themen umfassen auch internationale Aspekte, insofern die irische Arbeiterklasse und -bewegung durch ihre Migrationsgeschichte geformt wurde und die Arbeiterbewegungen anderer Länder mitgeformt hat. In den letzten Jahren dominieren die für die noch aus-

stehende Gesamtgeschichte der Arbeiterbewegung nötigen Lokalstudien allgemeiner, branchen-, firmen- und gewerkschaftsspezifischer Art. Neben drei bis vier Artikeln bietet jede Ausgabe reiche Informationen in Rezensionen, Quellen- und Archivberichten, Oral History und umfangreiche Bibliographien.

Das *Editorial* von "saothar" 16 ist der Lage osteuropäischer Archive und Bibliotheken gewidmet, worin besonders die im Osten Berlins hervortreten und bedauert wird, daß die ILHS sich nicht finanziell, sondern "nur" über politischen Druck solidarisch zeigen kann.

Shane McAteer zeigt in seinem Beitrag den "inklusiven" Charakter des 'New Unionism' in Derry 1889-1892. Er belegt, daß das traditionelle Schema des 'New Unionism' für Irland wenig aussagt, daß dessen Impulse vielmehr in allen Gewerkschaften und unter Führung der Handwerker die Tendenz zur vereinten Massenbewegung hervorbrachten. Dadurch traten die ethnischen Spannungen in Derry, wo Eleanor Marx-Aveling 1891 die Hemdennäherinnen zu organisieren versuchte, eine Zeitlang ganz in den Hintergrund. Interessant wäre ein Vergleich mit der Studie über die (übrigens auch in Derry erfolgreichen) Knights of Labour in Ontario (1880-1900) von Gregory S. Kealey/Bryan D. Palmer, die im Kontext einer ähnlichen ethnischen Polarisierung mit starker irischer Präsenz den bisherigen Höhepunkt klassen- und solidaritätsbewußten Handelns in der Region feststellen.

James D. Young differenziert in seinem Beitrag das Verhältnis des schottischen militant sozialisti-

schen Pazifisten John Maclean zum Krieg, zum Osteraufstand und zum irischen Republikanismus gegenüber bisherigen mythenhaften Darstellungen. Er wirft neues Licht auf das "sozialistische Dreieck" Dublin-Glasgow-New York (1914-1918) und den irischen Einfluß auf Macleans spätere Gründung der Scottish Workers' Republican Party.

Terry Cradden entwirrt die in der Northern Ireland Labour Party in den 40er Jahren vertretenen linken Strömungen in sechs Kategorien (Kommunisten, republikanische Sozialisten, Labour-Nationalisten, gemäßigte Teilungsgegner, dem britischen Sozialismus verpflichtete "Ambivalente" und Labour-Unionisten). Während im Norden die Konvergenz von Antifaschismus und Unterstützung der britischen Politik eine ungewöhnliche Labour-Einheit förderte, bahnten sich im neutralen Irland mit seiner auf soziale Befriedung gerichteten Politik gravierende Spaltungen an: *Kieran Allen* untersucht die Zusammenarbeit der Führung der größten irischen Gewerkschaft ITGWU mit der republikanischen Regierungspartei Fianna Fáil 1939-1945, die von jeher als "ersatz social democratic party" (S. 48) fungiert und die mit der betont national gesinnten ITGWU-Führung hinter den Kulissen ihre Trade Union Bill (1941) aushandelte, welche die Aktivitäten britischer und kleiner irischer Gewerkschaften erheblich einschränkte. Von dieser Allianz war es nicht weit zur Spaltung der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses 1944/45 bis 1960/68. Helga Woggon

Jens Engberg (Hrsg.): Den Internationale Arbejderfo-

rening for Danmark. Aktstykker til belysning af statsmagtens kamp mod den tidlige arbejderbevaegelse i Danmark fra slaget på Faelleden i maj 1872 til førerernes bortrejse til Amerika i marts 1877 <Der Internationale Arbeiterverein für Dänemark. Dokumente zur Illustration des Kampfes der Staatsmacht gegen die frühe Arbeiterbewegung in Dänemark von der Schlacht auf der Allmende Mai 1872 bis zur Abreise der Führer nach Amerika im März 1877> - SFAHs-kriftserie 28 - Kopenhagen 1992, 610 S.

Jens Engberg hat früher einen entsprechenden Band mit den zentralen Dokumenten der Jahre 1871-1872 herausgegeben, so daß jetzt eine umfassende Dokumentation der Phase der dänischen Arbeiterbewegung vorliegt, in der Louis Pio die dominierende Gestalt war. Zentral in diesem Band sind die Verhörprotokolle und die Gerichtsverhandlungen in der Strafsache gegen Louis Pio und Genossen. Es sind, wie Engberg im Vorwort schreibt, eher Dokumente zur Geschichte des Kampfes des Staates gegen die Arbeiterbewegung als Dokumente der Arbeiterbewegung. Das macht sie nicht weniger interessant. Da öfter auf die Verbindungen zur internationalen - vor allem zur deutschen - Arbeiterbewegung verwiesen wird, ist der Band nicht nur für die dänische Geschichtsschreibung von Interesse. Gerd Callesen

Peter, Gisela: Die bibliographische Leistung Johannes Sassenbachs : ein Beitrag zur Bibliographiegeschichte der deutschen

Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. - 1991. - 114 S. Berlin, Humboldt-Univ., Inst. für Bibliothekswissenschaft u. wissenschaftl. Information, Diplomarbeit.

Von 1906 bis 1912 veröffentlichte der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Johannes Sassenbach in vier Ausgaben und zwei Nachträgen das "Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur". Mit Titelaufnahmen von 1.650 Büchern und Broschüren sowie mehr als 6.000 unselbständigen Veröffentlichungen aus zahlreichen Periodika, Protokollen und Berichten, Hand- und Jahrbüchern erreichte die kumulierende Bibliographie einen Umfang und eine Erschließungstiefe, die ihr unter den Bibliographien der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eine Sonderstellung sichern. Um die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Leistung des Bibliographen deutlich zu machen, wird das Verzeichnis in seinem Entstehungs- und Wirkungszusammenhang dargestellt. Ein wesentlicher Teil der Arbeit untersucht die inneren Strukturen des Verzeichnisses, die berücksichtigten Publikationsformen und -inhalte sowie die Provenienz gewerkschaftlicher Literatur vor dem Ersten Weltkrieg. Unter den verzeichneten Büchern, Broschüren und Pressebeiträgen sind 57 % freigewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Provenienz; 19,6 % stammen von anderen Gewerkschaften oder Berufsorganisationen und 23,4 % von weiteren Verlagen, Organisationen oder Behörden.

Sassenbachs Verzeichnis ist als Arbeitsmittel für Gewerkschafts-

und Sozialhistoriker sowie für die bibliothekarische Auskunftstätigkeit von bleibendem Wert. Das belegen auch die in London (1977) und Bremen (1984) erschienenen Reprints, die allerdings nur die 4. Ausgabe 1910 (ohne den Nachtrag von 1912) berücksichti-

gen und damit dem Benutzer 40 % aller von Sassenbach verzeichneten Titel vorenthalten. Einer vollständigen Reprintausgabe sollten Benutzungshilfen - vor allem zusätzliche Register - und ein biographischer Abriß beigegeben werden. Ar.

Personalien

Dieter Schuster wird am 22. November 65 Jahre alt und geht mit Erreichen der Altersgrenze als Mitarbeiter des DGB-Bundesvorstandes in den Ruhestand. In seiner Funktion als Leiter des Archivs und der Bibliothek des DGB kann er ohne Übertreibung als Weggefährte einiger bedeutender Persönlichkeiten der gewerkschaftlichen Nachkriegsgeschichte in Deutschland bezeichnet werden: Ludwig Rosenberg und Heinz Oskar Vetter, Ernst Breit und Heinz-Werner Meyer - in ihrer Nähe hat er miterlebt, was es heißt, Gewerkschaftspolitik zu gestalten. Dieser Schulterschluß mit der Praxis, den ein profundes Wissen ergänzte, ist für seine Analyse historischer Zusammenhänge und für ihre Bewertung in hohem Maße prägend gewesen.

1927 geboren, hat Schuster das einschneidende Erlebnis der meisten seiner Jahrgangsgefährten geteilt. Seine Einberufung zum Kriegsdienst hinderte ihn am Abschluß seiner schulischen Ausbildung in Leipzig. Erst 1946, im Anschluß an die Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft, konnte er die Reifeprüfung ablegen und in Bonn mit dem Studium der Geschichte, der Germanistik und Philosophie beginnen. Nach seiner Promotion zum Dr. phil. war er 1958 bis 1960 freier Mitarbeiter beim Parteivorstand der SPD und beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Von 1960 bis 1965 wirkte er dann als Mitarbeiter beim Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, und gegen Ende 1964 wurde er Mitarbeiter am heutigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB.

Aus der Rückschau betrachtet war Schuster nachgerade dazu prädestiniert, sein 'Bild der Gewerkschaften' zu beschreiben. Er, der in seiner Jugend den Druck der Unfreiheit und die Zwänge der Diktatur verspürt hatte, erlebte mit zunehmendem politischen Bewußtsein die Neuanfänge unserer Demokratie und insbesondere 'seiner' Gewerkschaften. Mit diesen Prozessen hat er sich identifiziert, aus ihnen schöpfte er Freude und Kraft in der schwierigen Aufbauphase. Seiner Hinwendung zu den historischen Grundlagen der deutschen Gewerkschaftsbewegung verdankte der Bundesvorstand des DGB schon früh eine leistungsfähige Bibliothek mit umfassendem Zentralarchiv, deren Leiter Schuster seit 1966 war. Kein Besucher dieser Einrichtung, den er nicht zufriedenstellen wollte, mehr noch, er beschaffte auf jedem nur denkbaren Wege Informationen und Nachrichten für 'seine Klientel'. Ohne Schuster wären viele Dokumente für die wissenschaftliche Rekonstruktion und Bewertung historischer Prozesse verlorengegangen.

Es würde der Persönlichkeit Dieter Schusters nicht gerecht, wenn man seine vielfältige Wirksamkeit auf der nationalen ebenso wie auf der internationalen Ebene vergäße. So war er etwa Mitglied - im Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e.V.

- der Arbeitsgemeinschaft der Verleger, Buchhändler und Bibliothekare der Friedrich-Ebert-Stiftung
- des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse e.V.
- der Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare
- des Kuratoriums der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft
- der International Association of Labour History Institutions
- der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung.

In mehreren umfangreichen Publikationen vermittelte er einen kompetenten Überblick über die nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung. Besonders hervorzuheben sind

- Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 1971 (in mehreren Auflagen)
- Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland, Düsseldorf 1990
- Schritt für Schritt. Ein Jahrhundert Ledergewerkschaften, Stuttgart 1972
- 1949 - 1989. Vierzig Jahre Gewerkschaft Leder, Stuttgart 1989
- Die deutschen Gewerkschaften seit 1945, Stuttgart: Kohlhammer 1974
- Über die Verbände. Eine synoptische Selbstdarstellung der Tarifvertragsparteien (BDA/DGB), Wiesbaden: Universum Verlagsanstalt 1978
- Franz Osterroth/Dieter Schuster: "Chronik der deutschen Sozialdemokratie". Bd I-III, Berlin; Bonn-Bad Godesberg: Dietz Nachf. 1975.

Für diesen Bereich seiner Aktivitäten hatte Schusters Dissertation aus dem Jahre 1958 über "Das preußische Dreiklassenwahlrecht, der politische Streik und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Jahre 1914" die Basis gelegt. Das internationale Interesse an seinen Veröffentlichungen zeigen die Übersetzungen ins Englische, Spanische und teilweise auch ins Japanische.

Ein Lotse geht von Bord, von Bord eines nicht immer leicht zu steuernden Schiffes. Wer sich sensibel den Details eines Spezialgebietes wie dem der Gewerkschaftsbewegung zuwendet, der wird wissen, wie schwierig es ist, Politik und Zeitgeschichte selbst in einem ruhigen Fahrwasser wissenschaftlich einwandfrei aufzuarbeiten. Schusters Lebenswerk erfüllt eine solche Lotsenfunktion.

Marlies Kaiser

Jürgen Stroech und einigen anderen langjährigen Kolleginnen und Kollegen zu Ehren versammelten sich am 30. Juni die Mitarbeiter der Bibliothek im "Verbund Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS". Es galt Abschied von denen zu nehmen, die in den vorzeitigen Ruhestand traten. Mit besonderer innerer Bewegung verabschiedet wurde Jürgen Stroech, der jahrzehntelang als Mitarbeiter und Leiter diese Bibliothek mitgeprägt hatte. Sein beruflicher Werdegang und seine persönliche Entwicklung sind wohl in vielem exemplarisch für die im Zweiten Weltkrieg herangewachsene Generation.

Die 1936 in Swinemünde (heute Swinoujście) begonnene Schulbildung schloß er 1948 mit dem Abitur in Halberstadt ab. Dazwischen lagen die Umsiedlung aus der Heimat, Arbeit als Landarbeiter und Maurerlehrling. Nach Versuchen als Maurerumschüler und als Student an der Pädagogischen Hochschule in Berlin begann am 1.4.1950 seine Tätigkeit in der Bibliothek, der bis

zum Sommer 1992 sein ganzes berufliches Engagement gelten sollte. Die dafür erforderliche bibliothekarische Grundausbildung erwarb sich Jürgen Stroech durch den Besuch des Sonderlehrgangs für Bibliothekare am Zentralinstitut für Bibliothekswesen 1950/51 in Berlin. Schon bald wurde ihm jedoch klar, daß eine wissenschaftliche oder leitende Tätigkeit in einer Fachbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht ohne fundierte historische Kenntnisse möglich ist. Die Konsequenz daraus war ein Fernstudium Geschichte an der Humboldt-Universität, das er 1961 als Diplomhistoriker abschloß. Mit außerordentlicher Ausdauer und trotz wachsender beruflicher Belastung arbeitete Jürgen Stroech danach an seinem Spezialthema - die illegale Presse im Faschismus - weiter und erreichte 1974 die Promotion zum Dr. phil. Seine auch als Buch veröffentlichte Dissertation "Die illegale Presse - eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus" ist heute noch ein Standardwerk.

Bereits 1964 zum stellvertretenden Bibliotheksleiter berufen, wurde Jürgen Stroech 1972 die Leitung der Bibliothek im Institut für Marxismus-Leninismus, der heutigen Bibliothek des Verbundes Archiv/ Bibliothek/ Technische Werkstätten beim PV der PDS übertragen. Sein Vorgänger, der unvergessene Bruno Kaiser, hatte als außerordentlich guter Kenner der Literatur, als Sammler mit einer legendären Findigkeit, als Forscher und Herausgeber von Rang Maßstäbe gesetzt, die Jürgen Stroech mit dem ganzen Einsatz seiner Person, mit langjähriger Berufserfahrung und hohem Fachwissen, mit Ausdauer und Fleiß auszufüllen trachtete. Unter seiner Leitung wurden in der Bibliothek die von Professor Kaiser zusammengetragenen Schätze systematisch erweitert, ein neues Katalogsystem eingeführt und weitgehend auch für die älteren Bestände angewandt, wurde eine bibliographische Reihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen und vieles andere mehr, was der besseren Erschließung und Bewahrung der Bestände ebenso diente wie der weiteren Profilierung der Mitarbeiter und den guten Ruf der Bibliothek verteidigte.

Ohne stets mit ihm einer Meinung zu sein, konnte wohl kein Mitarbeiter der Bibliothek Jürgen Stroech Achtung und Anerkennung verwehren. Viel trug dazu sein persönliches Engagement und sein Fachwissen bei. Mit ihm zu streiten war und ist nie leicht, verbindet er doch eine geradezu unerschöpfliche Geduld und Freundlichkeit mit einer auf solidem Wissen beruhenden Festigkeit seiner Positionen, die er mit pommerscher Hartnäckigkeit verteidigt. Auch ließ er bei allem Einsatz für die Bibliothek nie das Wohl und Wehe ihrer Mitarbeiter außer acht. Er hatte viel Verständnis für persönliche Probleme und half im Rahmen seiner Möglichkeiten manchem aus komplizierten Situationen heraus.

Anerkennung erreichte Jürgen Stroech auch durch sein Mitwirken im Bibliotheksverband der DDR. Seit 1974 war er Mitglied des Präsidiums des Bibliotheksverbandes und arbeitete seit 1975 in dem Redaktionsbeirat der Fachzeitschriften "Bibliothekar" und "Zentralblatt für Bibliothekswesen" mit. Sein besonderes Anliegen war in diesen Gremien die Qualifizierung und Koordinierung der Arbeit der gesellschaftswissenschaftlichen Fachbibliotheken. Die 1988 erfolgte Ehrung als Oberbibliotheksrat war ein gerechter Lohn für vielfachen ehrenamtlichen Einsatz.

Für viele langjährige Mitarbeiter der Bibliothek ist Jürgen Stroech aber weit mehr als nur der Leiter einer international bekannten Fachbibliothek

und Spezialist für die Literatur des antifaschistischen Widerstands. Er war für sie ein Mitstreiter, der fast jeden Ernteeinsatz mitmachte, mit bibliothekarischer Akribie beim Rübenverziehen die Reihen lichtete und beim Volkstanz ebenso wie in der Laienspielgruppe zu finden war. Er entzog sich keinem Sondereinsatz bei unseren zahlreichen Umzügen und Umbauten, fehlte aber auch bei vergnüglichen Feiern und bei Betriebsausflügen nicht.

Für all das ist ihm heute zu danken. Wir verbinden diesen Dank mit dem Wunsch, daß auch über sein Arbeitsleben hinaus der Kontakt zu ihm bestehen bleibt, daß uns sein Rat und sein Spezialwissen ebenso wie sein freundschaftliches Interesse noch lange erhalten bleiben. Heinz Sommer

*

Auf der Generalversammlung des Internationalen Archivrates vom September 1992 in Montreal wurde Dr. Klaus Oldenhage (Potsdam) nach achtjähriger Tätigkeit als Schatzmeister des IAR für weitere vier Jahre in dieses Amt gewählt. Dr. Oldenhage, Abteilungspräsident im Bundesarchiv, ist Mitglied des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. - Eine Ehrung erfuhren die Vorstandsberater des Förderkreises Prof. Dr. Masao Nishikawa (Tokio) und Prof. Dr. Feliks Tych (Warschau, z. Zt. Darmstadt) auf der 28. Linzer Konferenz. Sie wurden von der Generalversammlung der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH) zu Ehrenmitgliedern gewählt. Prof. Dr. Helmut Konrad (Graz), ebenfalls Vorstandsberater des Förderkreises Archive und Bibliotheken, wurde in seinem Amt als Präsident der ITH bestätigt. Als Kassierer bestätigt wurde Förderkreismitglied Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner (Wien). Mi

Leserzuschriften

Großes Interesse

(Zu Nr. 1 und Nr. 2/3)

Mit großem Interesse habe ich die Mitteilungen des Förderkreises verfolgt. Vielleicht haben Sie bemerkt, daß ich veranlaßt habe, daß eine englische Übersetzung einiger Berichte in der Zeitschrift *German History* veröffentlicht wurde. Unsere LeserInnen werden sich sicher interessieren, das Schicksal der Archive und Bibliotheken im Forschungsbereich Geschichte der Arbeiterbewegung weiter zu verfolgen.

Richard J. Evans

Professor am Department of History, Birkbeck College
University of London

Schatzgrube

(Zu Nr. 1 und Nr. 2/3)

Glückwunsch zu und Dank für Nr.1 und besonders Nr.2/3 der "Mitteilungen"! Sie sind ja eine Schatzgrube an Informationen und Anregungen für den um den Erhalt geschichtlicher Quellen und Hilfsmittel in den neuen Bundesländern besorgten und bemühten heutigen Historiker - weit über den

"Verbund" beim Parteivorstand der PDS hinaus -, zugleich aber eine Publikation, die ihrerseits künftigen Historikern Einblick und Aufschluß geben wird, wie widerspruchsvoll und nicht selten dramatisch in den Jahren nach dem 3. Oktober 1990 um Sicherung und Nutzung unersetzbaren archivalischen und bibliothekarischen Quellenmaterials für künftige Generationen gerungen werden mußte. Ein besonderer Genuß bei der Lektüre, daß sich dieses Ringen nicht nur mit gebotenem Ernst, sondern oft auch gewürzt mit Humor, Witz und Satire, wo sie vonnöten sind, widerspiegelt.

Eine winzige Aktualisierung zu Seite 16 in Nr. 2/3: Die Bundesgeschäftsstelle des Kulturbundes e.V. mußte inzwischen nach 1040 Berlin, Friedrichstr. 120 umziehen.

Prof. Dr. Heinrich Gemkow, Berlin

Ein Fall für Literaturhistoriker

(Zu Nr. 1 und Nr. 2/3: Thomas Mann an Walter Ulbricht)

Wie der Zufall so spielt, habe ich in meiner diesjährigen Urlaubslektüre, den vier voluminösen *Jahrestage*-Bänden von Uwe Johnson, einen Beitrag zur Diskussion über den "Waldheim"-Brief von Th. Mann entdeckt: Auf S. 1687 findet sich ein Auszug aus diesem Brief, versehen mit einem "c Katja Mann" und eingeleitet durch den Satz:

"Thomas Manns Familie hat seinen Brief an den Sachwalter <= Walter U.> unterdrückt in der Sammlung für den vorläufigen Gebrauch; tatsächlich schrieb er dem Sachwalter im Juli."

Das scheint dann doch ein Fall für professionelle Literaturhistoriker zu sein.

Dr. Stefan Troebst, Berlin

"Grüne Woche"

(Zu Nr. 2/3: Aktion gegen den "Verbund")

Das "Durchsuchungsheft" war mit scharfer Zunge formuliert und mit spitzer Feder geschrieben. Auch deshalb zu Recht, weil die durch beteiligte Beamte als "Grüne Woche" (500 Beamte im Einsatz) bezeichnete Aktion den umwerfenden Erfolg hatte, daß 1 (ein) Blatt des Materials aus dem Archiv Eingang in die Anklage fand. Welch ein Aufwand für ein Blatt, möglicherweise ohne besonderen Gehalt.

Den Staatsanwälten sollte eigentlich bekannt sein, daß die Möglichkeiten der Strafprozeßordnung nur dann eingesetzt werden sollten oder dürfen, wenn Anlaß aus der Haltung der Angeschuldigten oder Zeugen besteht. Nun waren die Staatsanwälte bereits als Kundschafter gastfreundlich empfangen worden. Ihr von Mißtrauen zersetztes Berufs- und Klassenbewußtsein stieß auf Erfahrungen, die ihnen unbekannt und bis heute schleierhaft blieben. Dabei hatten sie die Möglichkeit der Ausleihe. Sie griffen aber zur Beschlagnahme als Mittel der Macht des Staates. Dabei soll doch die Justiz die Grundrechte schützen und nicht die Ausnahme als Regel gestalten.

Doch die Kette der eingesetzten Machtmittel riß auch mit zunehmender Koexistenz nicht ab. Die Herren hatten das Ohr am unseriösen Buschfunk und an der kochenden Archivseele. Beim jüngsten Gerücht (Verdacht der Strafvereitelung) gab es Vernehmungen wegen Totschlags. Es wäre besser gewesen, nicht Zeugen für keinen Totschlag zu suchen, sondern das Gerücht zu töten.

Zwar ist Mord strafbar, doch empfinden weder Polizei noch Staatsanwalt es als "Ruf"-mörderisch, jemanden vor der Wohnung wegzufangen, ohne ihn zuvor zu laden (durch Formular und Post oder in Person).

Knüppel und Büttel reimen sich nicht nur sprachlich. Der Reiz der Geschichte wurde noch erhöht durch den Fakt, daß die angeblich vorenthaltenen Unterlagen an dem Platz lagen, an dem sie zu liegen hatten. In Armlänge vom Beamten entfernt. Die Aufzählung wäre nicht vollkommen ohne den Hinweis, daß Unterlagen zur Beschlagnahme geraten sind, die als offizielles Historikermaterial der PDS als Basis für wissenschaftliche Forschung und Aufarbeitung dienen sollten.

In der Nachbarschaft des Archivs arbeitete über Jahrzehnte der Rechtsanwalt und Schriftsteller Prof. Dr. F.K. Kaul; er verstarb zu früh, als daß er das heute erforderliche "Bonner Pitaval" hätte vollenden können.

Es bleibt die Frage für Leser und Betroffene: Wer führte den Taktstock für alle vergangenen und noch kommenden politischen und rechtlichen Taktlosigkeiten? Die Frage ist geboten, da wir alle die allseits Betroffenen sind.

Berlin

Jürgen Strahl,

Unverständlich

(Zu Nr. 2/3)

Es ist ein Problem des Mitteilungsblattes - zumindest von hier aus gesehen -, daß eine ganze Reihe der Beiträge unverständlich sind. Sie setzen ein Vorwissen voraus, das zumindest ich nicht habe, und ohne dies sind diese Artikel einfach in den Wind geschrieben. Vielleicht betrifft das nur mich und einige andere Ausländer, aber ich könnte mir vorstellen, daß das nicht so ist. Die Artikel, die ich meine, stehen z.B. auf S.8-10, 13-14 und 22-23.

Gerd Callesen

Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen

Basisentzug?

(Zu "Nacht- und Nebelaktion" in Nr. 2/3)

Energischer Protest ist inzwischen nicht nur wegen der teilweise bereits durchgeführten, teils noch geplanten Verlagerung der Aktenbestände des Militärischen Zwischenarchivs geboten. Am 31. Dezember 1992 wird das Militärgeschichtliche Institut in der Villa Ingenheim in Potsdam aufgelöst. Obwohl es, soweit ersichtlich, noch keinen Beschluß über den zukünftigen Standort der Militärgeschichtsforschung in Deutschland gibt, soll nach Plänen des Bundesverteidigungsministeriums die Bibliothek dieser Einrichtung in das Militärgeschichtliche Forschungsamt nach Freiburg überführt werden. Damit würde ein für die Neugestaltung der Wissenschaftslandschaft Brandenburg/Berlin mit seinen 5 Universitäten unentbehrliches Kulturgut verlorengehen.

Der Bestand dieser Bibliothek umfaßt hunderttausend Bände zur brandenburgisch-preußischen und deutschen Geschichte vor und nach 1945, insbesondere zur Militärgeschichte, und zahlreiche Nachschlagewerke allgemeiner und spezifisch militärgeschichtlicher Art. Einen nicht unbedeutenden Anteil bilden Monographien und Zeitschriften aus den osteuropäischen Ländern, die für den wissenschaftlichen Brückenschlag nach Osten unentbehr-

lich sind. Der Entzug dieses in seiner Spezifik für den Osten Deutschlands einmaligen Bestandes würde die historischen Disziplinen der hiesigen Region tief treffen, da er das Betreiben moderner Militärgeschichte im Verbund mit Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Alltags-, Kriegsgeschichte u.a. außerordentlich erschweren würde. Schließlich stehen Jahrestage, wie das Ende des Zweiten Weltkrieges, die Befreiungskriege u.a. bevor, zu denen die hiesige Wissenschaft ihren Forschungsanteil leisten muß. Das für die Sicherung der Kulturgüter in diesem Lande zuständige Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat es bisher an ernsthaften Bemühungen fehlen lassen, dieser Verpflichtung nachzukommen und sich mit konkreten Maßnahmen für die Landesinteressen einzusetzen. Oder besteht die Absicht, die Militärgeschichte im Osten Deutschlands auch durch den Entzug ihrer Basis "abzuwickeln"? Dr. Erhard Moritz, Potsdam

Deutlich übertrieben

(Zum Beitrag "Tauziehen um Komintern-Archiv" in Nr. 2/3)

Dankbar bestätigen wir den Empfang des von Ihnen übersandten Informationsbulletins Ihrer Gesellschaft, das wir mit großem Interesse studiert haben. Wir hoffen, daß in naher Zukunft auch unser Informationsbulletin erscheint, das 4 mal im Jahr herauskommen wird.

Mit einigem Erstaunen lasen wir in der Nummer 2/3 Ihres Bulletins die Mitteilung unter dem Titel "Tauziehen um Komintern-Archiv".

Die darin ausgedrückten Befürchtungen hinsichtlich einer Begrenzung des Zugangs von Forschern zu den Fonds der Komintern sind deutlich übertrieben. Das können Ihnen zahlreiche Forscher aus verschiedenen Ländern bestätigen, die im Lesesaal unseres Zentrums an Dokumenten aus den Fonds der Komintern arbeiten.

Wir schicken Ihnen eine Einladung zur internationalen wissenschaftlichen Konferenz "Die Komintern in der Geschichte des XX. Jahrhunderts".* Wir glauben, daß die Absicht des Zentrums (RZBSDNG), an der Durchführung dieser Konferenz teilzunehmen, nicht nur das wachsende Interesse an diesem Thema widerspiegelt, sondern auch die Politik der Offenheit bestätigt, die von unserem Zentrum hinsichtlich eines der interessantesten und wichtigsten Themen der Geschichte der modernen internationalen Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung betrieben wird.

Aufrichtig das Beste wünschend

O. V. Naumov, Stellvertreter des Direktors
des RZBSDNG, Moskau

(Übersetzung: Heinz Sommer)

* Siehe Veranstaltungskalender, Juni 1993

Quellen in die Obhut der Historiker

(Zur Tätigkeit des Förderkreises)

Am 20. September 1992 hat die Kommunistische Partei Japans deren 100 Jahre alten Ehrenpräsidenten, Sanzo Noska, von seinem Amt entlassen, weil er, nach seinem neu gefundenen Brief vom 22.2.1939, seinen damals in Moskau tätigen japanischen Genossen Kenzo Yamamoto wegen des Verdachts einer Spionage angeklagt habe. Ich möchte nichts darüber sagen, ob die Entscheidung der KPJ historisch richtig oder politisch klug gewesen ist.

Als Historiker denke ich, es ist sehr zu wünschen, daß alle Quellenmaterialien ohne Beschränkung zugänglich sind, wie es in der ehemaligen Sowjetunion sowie in den osteuropäischen Ländern zu sein scheint. Jedoch sollten "neu aufgefundene" Dokumente nicht wieder politisch benutzt werden. Die gesamten archivalischen Quellen müßten in die Obhut vertrauenswürdiger Historiker gegeben werden. In diesem Sinne setze ich meine Erwartung auf den "Förderkreis".

Masao Nishikawa, Professor an der Universität Tokio

Gedruckte Quellen zur Geschichte des FDGB

Das unverwechselbare Profil der Bibliotheksbestände in der Johannes-Sassenbach-Stiftung wird u.a. geprägt durch

- eine nahezu vollständige Sammlung von Veröffentlichungen des DDR-Gewerkschaftsverlages "Tribüne" (bzw. Freie Gewerkschaft)
- eine umfangreiche Sammlung der von Vorständen und Leitungen des FDGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften herausgegebenen Druckschriften ("graue Literatur")

Interessenten bieten wir gegen Entrichtung einer Schutzgebühr folgende, speziell für die Erschließung dieses Bestandes zusammengestellte Auswahl-verzeichnisse an:

Gedruckte Quellen

- Zur Geschichte des FDGB 1945 -1947; 10,-DM
- Zur Geschichte des Feriendienstes in der DDR 1945-1990; 2,-DM
- Zur Geschichte der Sozialversicherung in der SBZ und in der DDR 1945 - 1990; 2,-DM
- Zur Geschichte des Arbeitsschutzes in der SBZ und in der DDR 1945 - 1990; 2,-DM
- Zur Geschichte der Finanzarbeit des FDGB 1945 - 1990; 2,-DM

Bestandskataloge für die vor 1945 erschienene Literatur

- Protokolle und Berichte bis 1945. Teil I u. Teil II; je 5,-DM
- Systematisch gegliederter Bestandskatalog der bis 1945 erschienenen periodischen Literatur; 5,-DM

Unsere Adresse:

O-1086 Berlin
Unter den Linden 15
Tel.: (030) 2000961,
App. 651

Öffnungszeiten des Lesesaales:

Montag: geschlossen
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
jeweils 10.00 - 17.00 Uhr
Freitag: 10.00 bis 16.00 Uhr

Jahresbericht des Instituts
für zeitgeschichtliche Jugendforschung,
Band 2/1992

JUGEND IN OSTDEUTSCHLAND

- * Archivbericht
- * zeithistorische Studien
- * Daten- und Faktensammlungen
- * soziologische Trenduntersuchungen

Erscheint im Dezember 1992.

Kostenlos zu beziehen über: Institut für zeitgeschichtliche
Jugendforschung

Thulestraße 48 - 64, 0-1100 Berlin, Tel.: (030) 4700 7280

Impressum

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird an Mitglieder des Förderkreises kostenlos abgegeben. Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt DM 10.- (für das Doppelheft) und Versandgebühr. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.7.1992. -

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. -

Herausgeber:

Dr. Henryk Skrzypczak.

Redaktion:

Elrun Dolatowski.

Anschrift: Wilhelm-Pieck-
Straße 1, 0-1054 Berlin,
Tel.: 2823434, Fax: 2814186

IWK

Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Die IWK erscheint 1992 im 28. Jahrgang

Heft 3/92 enthält:

KARL HEINRICH POHL: Die Sozialdemokratie in München (1890—1914)

KLAUS GIETINGER: Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat

GEORG W. STROBEL: Die Legende von der Rosa Luxemburg. Eine politisch-historische Betrachtung

MARKUS WEHNER: Karl Radek (1885—1939). Bibliographische Notizen

Außerdem:

Verzeichnis laufender Forschungs- und Publikationsvorhaben; Tagungsberichte; umfangreicher Rezensionsteil.

Preise: Jahresabo (4 Hefte) DM 67,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 20,- plus DM 1,50 Versandkosten; Jahresabo für Studierende, andere Azubis, ZDLer, Wehrdienstleistende und Arbeitslose DM 40,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 15,- plus DM 1,50 Versandkosten.

Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte einschließlich H. 4/1987 beträgt DM 5,- pro Heft bzw. DM 20,- pro Jahrgang zzgl. Versandkosten.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an:

IWK-Redaktion, Kirchweg 33, W-1000 Berlin 38

Telefon: 030/816 001 41 oder 030/816 001 0 Telefax:
030/816 001 34